

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 8,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechszeilige Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1008.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 4. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Ein Nachtrag

zu der Junkerdebatte im Abgeordnetenhaus.

In der Debatte über den Arbeitermangel auf den Junkergütern ist wiederholt auf die Erfahrungen in der Provinz Sachsen hingewiesen worden. Einer der junkerlichen Wortführer, der Abgeordnete von Wendel-Steinfels, hat sogar den Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen ganz besonders gelobt, da sich diese „bessere Einrichtung“ die Aufgabe gestellt habe, den Kontraktbruch zu bekämpfen und die Bestrebungen der Sozialdemokratie „hinzanzuhalten“, ja, sozialdemokratische Redakteure wegen „Verleumdung“ der Gutbesitzer benutzigt habe, so daß diese Sünden zu schweren Strafen verurteilt worden seien. Um so auffälliger ist es, daß gerade dasjenige Aktienstück vollständig todgeschwiegen worden ist, das für die vorliegende Frage vom größten Interesse war, weil es die Erfahrungen dieses Minister-Arbeitsnachweises „bei der Besorgung von Sachsen-gängern für die Arbeitskampagne 1897“ enthält.

Wohi man aber auf den Inhalt dieses Aktienstückes etwas näher ein, dann begreift man die — Vorsicht der Junker sehr bald. Denn das, was der Arbeitsnachweis berichtet, paßt ganz und gar nicht zu dem Ton, der im Dreiklassenhaufe angeschlagen wurde. Dort ent-rüsteten sich die Junker über die bösen Arbeiter, die aus reiner Schließigkeit sich nicht mehr für ihre angestammten Herren abfinden wollen. Der Arbeitsnachweis zählt dagegen den Herren auf, in welcher Weise sie selbst ihre Rothlage verschlimmern.

Dabei zeigt es sich wieder einmal, daß diese Leute garnicht den Aufgaben gewachsen sind, welche die Bewirtschaftung ihrer Güter heutzutage an sie stellt, daß sie nicht einmal im Stande sind, zur passenden Zeit und in der richtigen Weise die zur Beschaffung der von ihnen gebrauchten Arbeiter nötigen Schritte zu thun. So wird „von vielen“ Besitzern das Personal zu spät bestellt. Der Arbeits-nachweis hat schon wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig die frühzeitige Liebermittlung der Bestellung sei, er hat bei den Herren schon Ende Oktober angefragt, ob sie fürs kommende Frühjahr Feldarbeiter wieder haben wollen, und trotzdem gehen die Aufträge so spät ein. Die Folge davon sei, daß den Agenten des Arbeitsnachweises die im Spätherbst zu gebote stehenden Leute „verloren gehen“, weil diese schon auf der Heimreise nach passenden Stellen für's kommende Frühjahr nachfragen.

Als ein weiterer Mangelstand in dieser Beziehung habe sich gezeigt, daß „viele“ Landwirthe zu spät den Tag angeben, an dem die Leute bei ihnen in Arbeit treten sollen, oder daß sie die Einmündung des Reisefloßen-Vorflusses zu lange hinauschieben. Unter solchen Um-ständen fürchten manche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß sie schließ-lich, wenn alle besseren Plätze besetzt sind, sitzen bleiben und nehmen trotz des bereits abgeschlossenen Vertrags andere Arbeit an, werden also kontraktbrüchig.

Ein schlechtes Zeichen für die Art und Weise, wie die Wirk-schaft auf den Junkergütern geführt wird, ist es endlich, daß auch die ursprünglich bestellte Anzahl von Arbeitern nachträglich herunter-gesetzt wird. Für die Beschaffung der Arbeiter ist dies sehr nach-theillich. Die für ein Gut fest angenommenen Leute treten, wenn sie hören, daß sie nicht zusammenbleiben sollen, in den meisten Fällen sämtlich zurück und wollen dann nicht selten gar nichts mehr mit den Agenten zu thun haben, auf deren Zusage sie sich nicht verlassen können.

Eine andere Reihe von Schwierigkeiten bei der Besorgung der Leute entsteht durch das Bestreben der Junker, recht wenig für die Arbeiter zu bezahlen. Aus diesem Grunde fñhlt sich der Arbeits-nachweis veranlaßt, „entschieden“ davon abzurathen, die Löhne „allzugerade“ anzulegen. Denn für „allzugerade“ Löhne findet man keine Leute, oder, wenn dies doch gelingt, dann sind sie nicht lange zu halten. „Hin und wieder“ wollen auch die Besitzer nicht Alfordlöhne bewilligen, offenbar weil sie die Leute bei Tageslohn billiger ausnutzen können. Denn dafür, daß die Arbeiter bis zur Erschöpfung arbeiten, wird schon gesorgt. Die Sachsen-gänger aber gehen nur deshalb vor der Heimath fort, um im Sommer etwas Geld zusammen zu bringen. Dies erhoffen sie am meisten bei Alfordarbeit, weil sie dann den Verdienst durch größere An-sicherung etwas hinausschrauben können. Aus diesem Grunde lehnen sie solche Kontrakte ab, in denen die Angaben der Alford-löhne fehlen.

Bezeichnend für das Sparsystem der Junker ist es ferner, daß „zum großen Theil“ nur weibliches Personal verlangt wird. Hier-auf gehen viele Trupps, zu denen auch männliche Arbeiter gehören, nicht ein. Am schönsten aber ist es, daß sich die „Edelsten und Besten der Ration“ sagen lassen müssen: in einigen Fällen sei das Zusammenbringen der Arbeitskräfte deshalb so schwierig gewesen, da den Leuten bekannt war, daß ihnen in den betreffenden Wirk-schaften der sauer verdiente Lohn nicht pünktlich aus-gezahlt wird. Ja, einem Landwirthe konnte, obwohl dessen Kontrakt an 14 verschiedenen Stellen auslag, Personal nicht besorgt werden, da der Besitzer „als ein grober, zantstüchtiger Mann“ be-kannt war.

Wenn aber im Februar oder März die Besitzer noch immer ohne die nötige Zahl von Arbeitern sind, dann schicken sie ihre Aufseher, Verwalter oder Inspektoren nach dem Osten. Diese Leute nehmen „in der Regel“, was sie erhaschen können. Sie fragen nicht danach, ob die Leute, die sie vor sich haben, schon anderweitig zur Arbeit ver-pflichtet sind. Selbst wenn die Arbeiter anfangs nicht kontraktbrüchig werden wollen, dann wird ihnen so lange zugesprochen, bis sie nach-gelassen. Oft werden Speise und Getränke spendirt, um das Personal zu gewinnen; auch Löhne werden versprochen, die in der That nicht gezahlt werden.

Alles dieses sind nicht etwa Behauptungen von Junkerfeind-lieher Seite, sondern ist von den Leuten ausgesprochen worden, die von den Junkern angestellt und besoldet werden, von ihnen also vollständig abhängig sind. Wie müssen die Erfahrungen dieser Leute in Wirklichkeit sein, daß sie es wagen, solche Thatsachen festzusetzen! Doch noch mehr. Dieselben Herren, die sonst so überaus empfindlich gegen jedes abfällige Urtheil gegen ihre Herrlichkeit sind, hatten gegen den Inhalt des Aktienstückes nicht nur nichts einzuwenden, sondern sie broachten ihn auch zur Kenntniß der bestellten Kreise. Diesem Beispiele folgte dann die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg und die des Regierungsbezirktes Rassel und wahr-scheinlich noch mehrere andere.

Trotzdem hatten die Junker die Stirne, im preussischen Abgeordnetenhaus so viel Geschrei über ihre Rothlage zu machen

und zur Befreiung derselben sich bis zur Forderung nach der Auf-hebung der Freizügigkeit für die Arbeiter zu verstehen. Hoffentlich erhalten sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl die gebührende Antwort darauf.

Wahlkampf.

Die konservative Partei

läßt mit der Unterschrift des Freiherrn von Manteuffel-Krosken in der „Konst. Korresp.“ einen Wahlausruf vom Stapel. Die „Konst. Korresp.“ hatte schon vor einiger Zeit einen Ausruf gebracht, von dem wir etwas ausführlicher Notiz nahmen. Der neue Ausruf gleicht dem früheren wie ein Ei dem anderen. Dasselbe Verzeichniß aus dem konservativen Phrasenschatz: Eintreten für die Grundlagen unseres Staatswesens, Erhaltung der christlichen Lebensanschauung, Schutz der Landwirtschaft, Kampf gegen die gewerbsmäßige Agi-tation der Sozialdemokratie und so fort. Das Papier ist geduldig.

Acht für obdachlose Abgeordnete.

In der gestrigen Freisinnigerversammlung bei Duggen-hagen bemühte sich Herr Dr. Langerhans des langen und breiten seine Doppellandidatur einigermaßen zu rechtfertigen. Er bemerkte, es gäbe im Reichstoge freisinnige Männer, ohne die man sich den Reichstog unmöglich denken könne. Dabei wandte er sich mit einer vielleicht unbewußten Beste Herrn Eugen Richter zu. Sollten, so fuhr er fort, diese absolut notwendigen Männer in ihrem Wahlkreise durch böse Maschinenstücken unterliegen und er (Langerhans) in beiden hiesigen Kreisen gewählt werden so würde derjenige Wahlkreis, in dem er dann nicht annehmen könne, ein Wahl für dieselben bilden.

Absonderliche Wahltaktik fürwahr. Um für den des Durchfalls gewärtigen Herrn Richter ein Acht zu schaffen, verächtlicher Dr. Langerhans seine eigenen schlechten Ausflüchte noch durch die beispiel-lose Doppellandidatur in einer und derselben Stadt. Nun wird es so kommen, daß die Freisinnigen im 1. Wahlkreis sich nicht für ihren Kandidaten ereifern werden, denn er soll ja im 3. gewählt werden, und die Freisinnigen im 3. Kreis wissen es ja nicht anders, als daß Herr Langerhans auf den 1. Kreis abnommt sei. Der Erfolg wird sein, daß Herr Langerhans, da er doppelt haben will, gar nichts mehr bekommt und daß Herr Eugen Richter sich noch irgendwo anders ein Acht suchen muß.

Der große Eugen.

Herr Richter hält in Berlin Wählerveranstaltungen ab und thut dort sein möglichstes, um dem Doppellandidaten Dr. Langerhans zum doppelten Durchfall zu verhelfen.

Herr Richter hat, nach seiner Meinung, alle politische Weisheit allein gepachtet und sieht seine Partei vortrefflich geführt. Wenn es mit dieser armen Partei trotzdem elend und immer elender geworden ist, so hat Eugen's Führung daran keinerlei Schuld. Die Schuld tragen allemal die anderen, die rechts und die links.

Herr Richter erklärte einmal: Daß die Sozialdemokratie Berlin erobert hat, daran sind die Konservativen und Antisemiten schuld, welche der freisinnigen Partei in den Weg getreten sind. Und ein zweites Mal erklärte der freisinnige Feldherr: daß die Reaktion drohend geworden ist, daran ist die Sozialdemokratie schuld, welche einen Keil in das liberale Bürgerthum getrieben hat.

An Ausflüchten, die alles eher als historischen Sinn und Einsicht in die eigenen Fehler bekunden, fehlt es Herrn Richter also nicht. Und trotzig und bärbeißig geht „der grimmige Hagen“ weiter seine Bahn, wie er sie seit drei Jahrzehnten gegangen ist, bis dabei seine Partei völlig auf den Sand gerathen wird.

Da verhandelt er jetzt vor Berliner Reichstagswählern mit be-sonderem Pathos, daß seine Partei eine monarchische sei und zugleich erklärte er sie als die Schützerin der bürgerlichen Freiheiten“. Ja, er rednet es seiner Partei vor besonderen Ehre an, daß sie nicht auch den Rest der Freiheit an die Reaktion preisgegeben habe. Wie bescheiden sind die Herren doch geworden!

Aber davon freilich sagte Held Eugenius nichts, wie es die Frei-heit des Bürgerthums verschuldet hat, daß die Radtheulen der Reaktion sich hervortragen durfte; wie es die sozialpolitische Un-thätigkeit des Bürgerthums und die liberale Brutalität gewesen sind, wodurch es den Arbeitern unmöglich gemacht wurde, mit diesen Liberalen gemeinsam politische Kämpfe zu führen.

In Preußen-Deutschland hat sich der Liberalismus so entwickelt, daß sein Name zum Spott- und Schandwort geworden ist. Und die Haltung der freisinnigen Volkspartei im jetzigen Wahl-kampfe vervollständigt diese Schande und bekräftigt diesen Spott.

Die jüngsten Kämpfer gegen die Sozialdemokratie

— denn zu solchen entwickeln sich mehr und mehr die National-Sozialen — versuchen soeben ein Flugblatt, in welchem sie zur Wahl des Herrn Tischendörfer im ersten Berliner Wahlkreise auf-fordern. Das Flugblatt ist zu einem großen Theil gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Trotzdem sie (die Sozialdemokratie) „schonungslos die Zustände in den dunklen Tiefen des Volks-lebens an das Licht gezogen und dadurch unstreitig manches Gute bewirkt“ hat, trotzdem sie durch ihre „scharfe Kritik“ die „Veranlassung zu wichtigen gesetzgeberischen Maßnahmen gegeben“ hat, ist sie dennoch nichts werth. Sie ist nämlich zu einem „unseligen Hinderniß“ für die freihetliche Fortentwicklung des Volks-lebens, besonders des Arbeiterstandes geworden“. Und wie hat sie dies künstlich fertig bekommen? Dadurch, daß sie eine „grund-verkehrte Auffassung“ von den „nationalen Nachfragen“ hat und eine „erklärte Gegnerin der Monarchie und des Kaiserthums“ ist. „Das Kaiserthum ist ein bedeutender Wachsthumfaktor im Deutschen Reich, nur mit ihm kann sich die deutsche Arbeiterkraft eine bessere Lage erringen.“ Also: Bedächtig die Sozialdemokratie ist schuld, wenn es den Arbeitern schlecht geht.

Sonderbare Leute, diese „National-Sozialen“. Hat denn die Sozialdemokratie die Monarchie irgendwo und irgendwie gehindert, ihren Segen über die Arbeiterwelt auszustreuen? Ist es nicht viel-mehr die Sozialdemokratie gewesen, welche die monarchischen Ver-mittlungen in sozialpolitischen Dingen geradezu erst verurtheilt hat? Und war es nicht wiederum die Sozialdemokratie, welche die mageren Früchte der deutschen Sozialreform gegen die Raubgelüste der kapitalistischen Parteien schützte? Das national-soziale Flugblatt lärdet aber selbst nicht vor den allerblühmsten und verläumdlichsten Vorwürfen gegen die Sozial-demokratie zurück. Die „sozialdemokratische Internationale“ will

keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, sie will sogar — man höre — „das Deutsche Reich im Kriegs-falle an die Feinde ausliefern“, also fort mit ihr. Solchen Unsinn sollten die National-Sozialen doch lieber den Konser-vativen und Rationalliberalen überlassen. Deshalb wähle man den Herrn Tischendörfer, dessen Biographie auf dem Flug-plate beigegeben ist. Als besonders empfehlend wird an dem national-sozialen Kandidaten hervorgehoben, daß er in Fachvereinen thätig und Mitglied der Berliner Gewerkschafts-Kom-mission ist. Sonst eifern bekanntlich die National-Sozialen gegen die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“, weil diese Politik trieben. Hier benutzt man die Zugehörigkeit zu einer gewerk-schaftlichen Korporation, um sich politisch zu empfehlen.

Und wir haben längst gewußt, daß die National-Sozialen, genau wie alle anderen Parteien, die Gewerkschaftsmittel nur an-lagen wegen ihrer wirklichen oder angeblichen sozial-demokratischen Politik, der sie anhängen. Anhängen, weil sie, ehe es ihnen von den National-Sozialen gesagt wurde, erkannt haben, daß die Sozialdemokratie „die Veranlassung zu wichtigen gesetzgeberischen Maßnahmen ge-geben hat.“

Der Ordnungsbrei in Teltow-Beeskow.

Aus dem Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg wird uns geschrieben: Noch niemals hat in unserem Wahlkreise unter den Parteien des Ordnungsbreies eine solche Uneinigkeit und Zerfahrenheit geherrscht als jetzt. Obwohl man die ver-terfekten Sozialdemokraten, die es fertig gebracht, den früher stoc-konservativ vertretenen Wahlkreis bei der vorigen Reichstagswahl zu erobern, nur zu gern wieder hinausstreiben möchte, kann man doch nicht zur „Sammlung“ gelangen. Die Konservativen haben mit der Aufstellung des Superintendenten Vorberg einen sehr schlechten Griff geübt. Ihre eigenen Anhänger sind nicht zufrieden; die Anti-semiten haben einen eigenen Kandidaten aufgestellt und selbst das Centrum bleibt bei seiner Zählkandidatur. Diese Partei, die im letzten Wahlkampf ganze 416 Stimmen erzielte, will sogar in Rixdorf in einer Wählerveranstaltung für ihren Kandidaten Propaganda machen. Was die Freisinnigen anbetrifft, so haben dieselben fast völlig ab-gewirkt, so daß ihr Kandidat Dr. Vernstein-Charlottenburg durchaus nicht zu beneiden ist. Die Versammlungen dieser Partei zeigen eine gähnende Leere. Das Lustige aber ist, daß auch die Hand voll Rationalliberalen des Kreises einen eigenen Kandidaten aufzustellen gedenken und damit natürlich die Lächer auf ihrer Seite haben ob des in diesem „kindlichen Spiel“ liegenden Galgenhumors. Von unseren Parteigenossen wird die Agitation um so eifriger be-trieben. Wie die Dinge sich anlassen, ist auch diesmal ein glänzender Sieg Jubel's gewiß.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden folgende Kandidaten: In Loh von der frei-sinnigen Volkspartei der Redakteur Dr. Stowronnel von der Berli-ner „Volks-Zeitung“; in Hanau von der freisinnigen Volkspartei Leonhardt; in Aachen vom Centrum Kaplan Dabach; in Neu-brandenburg von der freisinnigen Volkspartei Professor Dr. Stengel; im 10. badischen Reichstags-Wahlkreise von den Konservativen der Landtags-Abgeordnete Freiherr von Stockhorner; — in M. Gladbach vom Centrum Abg. Prof. Heye; — in Aschaffenburg von der deutschen Volkspartei Rechtsanwalt Rieth; — in Hof von den Rationalliberalen Ständ-herber; in Passau von dem Bauern-bund Gabrander-Zitling; in Karlsruhe von der freisinnigen Volkspartei Paul Freibauf.

Als antisemitischer Kandidat für alle drei Hamburger Wahlkreise ist der Porzellanmaler Friedrich Raab aufgestellt worden, der außerdem in Altona-Stormarn und in Apenrade-Flens-burg kandidirt.

Im Wahlkreise Ratibor ist eine Einigung zwischen den deutschen und polnischen (und esthischen) Anhängern des Centrum über den aufzustellenden Kandidaten erzielt worden: Pfarrer Franz aus Berlin wird wieder kandidiren. Gerade hier kennzeichnet sich das Nachgeben von seiten der Polen als feiger Verrath ihrer eigenen Sache, da sie bei der vorigen Wahl ihren eigenen Kandidaten, Robole, hatten, der auch circa 6000 Stimmen erhielt, so daß diesmal ein polnischer Kandidat gute Aussicht hätte, gewählt zu werden. Die Freisinnigen, die früher in einigen Kreisen Zähl-kandidaten aufstellten, haben diesmal noch garnichts von sich hören lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mat.

Aus dem Reichstoge. Die Zivilprozess-Ord-nung wurde heute in zweiter Lesung zu Ende beraten. Bei Beginn der Sitzung versuchte der Präsident, den rechtseligen Juristen einen Bügel anzulegen, indem er mit einer Abend-sigung für den Fall drohte, daß die Tagesordnung in der Nachmittags-Sitzung nicht erledigt werden sollte.

Bei der Frage, ob in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die Revision an das Reichsgericht erst bei einem Streitwerth von mehr als 3000 M. zulässig sein solle, war der Redestrom doch nicht zu dämmen. Die Regierung behauptet, daß das Reichsgericht kaum mehr funktionieren könne, wenn die Revision, wie bisher, so auch in Zukunft schon bei einem Streitwerth von mehr als 1500 M. zugelassen werde. Die Majorität lehnte jedoch die Erhöhung der Revisionssumme ab, weil es die Rechtspflege nicht noch plutokratischer gestalten wollte. Das war auch für unsere Fraktion maßgebend, wenn sie sich auch darüber klar war, daß die Frage für die Arbeiter ohne Bedeutung sei.

Bei der Erörterung des Umfangs der Zwangsvollstreckung entdeckte der Antisemit Dr. Bödel sein Arbeiter- und mittel-standsfreundliches Herz. Er stellte Anträge, welche den Schuldner vor dem Zugriff der Gläubiger noch mehr schützen sollten und that so, als ob noch kein Mensch solche Gedanken zum Ausdruck gebracht hätte, während er sich thatsächlich nur darauf beschränkt hatte, in

verschlechterter Form das abzuschreiben, was von unserer Seite bei der ersten Lesung und in der Kommission vorgebracht war.

Um den Wünschen der kleinen Bauern in Süddeutschland entgegenzukommen, setzte es das Zentrum durch, daß aus einem vollstreckbaren Zahlungsbefehl keine Zwangshypothek und aus gerichtlichen Urtheilen nur wegen Schuldforderungen von mehr als 300 M. eine Zwangshypothek auf ein Grundstück eingetragen werden dürfe.

Diese Bestimmung ist sehr zweifelhaft, da die Gläubiger fortan häufiger statt des billigen Zahlungsbefehls die theuere Klage gegen die Schuldner richten und die Zwangsversteigerung des Grundstücks betreiben werden, während sie sich sonst mit einer Zwangshypothek begnügt hätten.

Nach Erledigung der zweiten Lesung der Zivilprozessordnung fand die Abstimmung über die Resolutionen Dr. Bachmaier und Dr. Lieber, betreffend die Beseitigung der dem Koalitionsrecht der Arbeiter noch entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen, statt. Beide Resolutionen wurden gegen die Stimmen der Rechten und einiger Nationalliberalen angenommen.

Der Nachtrag zum Etat (Kautschou) wurde hierauf in zweiter Lesung fast ohne Debatte erledigt. Ein Versuch des Herrn v. Kardorff, kurz vor 6 Uhr noch eine Debatte über die Reichsbank und die Silberwährung einzuführen, wurde durch einen Schlußantrag erledigt.

Morgen 11 Uhr: Interpellation, betreffend die Getreidegölle, und Militär-Strafprozess. —

Das preussische Abgeordnetenhause beschäftigte sich heute mit dem Antrag Camp (H.) betr. die Revision der zur Ausführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe erlassenen Verordnungen. Die Bestimmungen sollen nach der Richtung hin einer Revision unterzogen werden, daß dabei die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung, insbesondere der Gewerbetreibenden, mehr als bisher Berücksichtigung finden. Was Herr Camp eigentlich veranlaßt hat, seinen Antrag zu stellen, ging aus der Debatte nicht hervor; der Redner sprach heute so verworren, daß selbst seine Freunde nicht klug aus ihm werden konnten und sich entschieden dagegen verwahrten, als ob sie mit ihm einer Meinung seien. Ein Theil seiner Ausführungen ließ sogar in seinem Freunde Schall den bösen Verdacht aufkommen, daß der Antragsteller die Gespässe der Sozialdemokratie betreibe, ein Verdacht, der allerdings durchaus unbegründet ist. Für die bevorstehenden Neuwahlen haben wir in anderen Neben der Herren Camp, Schall und Genossen ein weit besseres Agitationsmaterial, als in der heute zum besten gegebenen Weisheit.

In der Debatte wandten sich die Redner der Konservation und des Zentrums entschieden gegen den Antrag, während Abg. Müller (natl.) und Abg. Riedert (fr. Bg.) eine entgegenkommendere Stellung einnahmen. Der Handelsminister Wresell erklärte, daß an der Sonntagsruhe unbedingt festgehalten werden müsse, daß er aber gern bereit sei, soweit das in seiner Befugnis liege, berechtigten Wünschen auf Beseitigung von Hindernissen Rechnung zu tragen. Mit dieser Erklärung gab sich das Haus zufrieden und beschloß, den Antrag als erledigt zu betrachten.

Der Rest der Sitzung war der Beratung von Petitionen gewidmet, unter welchen einige ein allgemeines Interesse beanspruchten dürften. So ging das Haus u. a. zur Tagesordnung über die Petition von Helene Lange und Marie Reilken betr. die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium und zu den Staatsprüfungen, über die Petition von Ottilie Waader betr. ungerichtfertige polizeiliche Verhaftungen in Berlin, sowie die Uebertragung der Ordnung- und Sicherheitspolizei an die Gemeinde und Beseitigung von Frauen bei der Ausübung derselben, über die Petition von Frau Hanna Bieber-Böhm um Anstellung von Polizeimatrone und weiblichen Polizeiarzten, sowie um Errichtung von Jungs- Erziehungsheimen, Kinderhorten und Volkskindergärten, und über eine Petition um Anhebung gesetzlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Unsitlichkeit.

Morgen: Kleinere Vorlagen und Petitionen. —

Das Pronunciamento des Kaisers. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat der Kaiser die Absicht, zum Beschluß den Reichstag im Weißen Saal einen feierlichen Aktus vorzunehmen und eine Thronrede selbst zu verlesen.

Wir erfahren von gut unterrichteter Seite, daß die kaiserliche Rede sich als Pronunciamento an die bürgerlichen Parteien darstellen wird, in dem das Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber der „Umsturzpartei“ besonders betont werden soll.

Es soll in der Rede des Kaisers besonders die Mitarbeit lobend hervorgehoben werden, die der Reichstag der Politik der Regierung angedeihen ließ bei der Schaffung einer starken Flotte und zum Schutze Deutschlands nach innen und außen — einer Aufgabe, der sich der Kaiser besonders widmen wolle. Auch das Verdienst des Reichstags um das Zustandekommen des einheitlichen bürgerlichen Rechts soll betont werden, wodurch der Schlüsselstein in das von dem Großvater errichtete Einheitswerk eingefügt worden sei.

Ferner wird auf die Erneuerung der Handelsverträge, welche der nächste Reichstag durchzuführen habe, hingewiesen. Es wird als die Aufgabe der Regierung bezeichnet, die berechtigten Interessen aller produktiven Stände zu pflegen. Besonders soll der Landwirtschaft die Fürsorge der Regierung zugewendet werden.

Ebenso sollen die „berechtigten Wünsche“ der Arbeiter jederzeit wohlwollend geprüft und berücksichtigt werden, dagegen soll der aufreizenden Agitation der Sozialdemokratie, welche Staat und Gesellschaft zerstören wolle, ohne besseres an deren Stelle setzen zu können, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. An die Vertreter aller bürgerlichen Parteien will der Kaiser einen mächtigen Appell richten, ihn in diesen Kampfe gegen „die Mächte des Umsturzes“ zu unterstützen.

Weniger verbürgen möchten wir die Nachricht, daß im Ministerium eine statistische Tabelle ausgearbeitet worden ist, die den Reichstagen in einem Diagramm den Rückgang der bürgerlichen Parteien darstellen soll, damit um so deutlicher die Gefahr hervortritt, die im Anwachsen der Sozialdemokratie liegt.

Jedenfalls verspricht man sich, wie verlautet, in Reglerungsreisen von diesem Appell an die Wähler, der von so hoher Stelle ausgeht, eine vortreffliche Wirkung für die Wähler.

Wir erinnern uns dabei jedoch an die Februar-Erlasse von 1890. Damals war ein solches Pronunciamento neu und es war weit eindrucksvoller als das bevorstehende.

Und doch gewann die sozialdemokratische Partei einen größeren Sieg als je zuvor! —

Die Hungernothpreise werden immer mehr zu einer allgemeinen europäischen Kalamität. Am schmerzhaftesten gestalten sich die Verhältnisse in der schon in normalen Zeiten ausgehungerten Bevölkerung Italiens. Wie die Bourgeois und Habsburger kennt der König aus Savoyens Geschlecht gegen die Noth und Unzufriedenheit des Volkes kein probateres

Mittel als blaue Bohnen. Eine Depesche aus Rom vom gestrigen Tage meldet dazu:

Außer an den bereits erwähnten Orten kamen noch in verschiedenen Provinzen Aufhebungen anlässlich der Brottheuerung vor, denen jedoch keine ernste Bedeutung beigemessen wird. Der Ministerrath hat die Ermächtigung zur eventuellen Einberufung einer Jahresklasse der Reserve ertheilt; man hält jedoch dafür, daß die Nothwendigkeit dazu nicht eintreten werde. Der Ministerrath traf ferner die nöthigen Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Ordnung.

Heute wird aus Piacenza telegraphirt:

Vor der Präfektur und dem Bürgermeister-Amt fanden gestern Nachmittag aus Anlaß der Brottheuerung Ansammlungen statt. Als das Militär dieselben auseinanderreiben sollte, wurde es mit Steinen empfangen, wodurch viele Soldaten verletzt wurden. Von den Theilnehmern an der Störung kam einer ums Leben, andere wurden verwundet. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen. Heute früh dauerte die Unruhe in der Stadt an. Das Militär hält die Hauptpunkte der Stadt besetzt.

In Rußland, das infolge der Erschwerungen des Transportes über den atlantischen Ozean zum wichtigsten Getreideausfuhrlande geworden ist, stieg der Preis des Ruds (16 Kilogramm) Getreide um 15 Kopeken (gegen 33 Pf.). Dazu kommen aber, bis das Getreide den deutschen Konsumenten zur Verfügung steht, Spekulationsgewinn der Agenten und Händler. Aus Konstantinopel meldet der Pariser „Temps“:

Die Brotpreise steigen jeden Tag infolge des spanisch-amerikanischen Krieges. Die Mehlmüller haben den Vätern jeden Kredit abgeschnitten, die sich deshalb genöthigt sehen, den Betrieb einzustellen. Die ärmeren Klassen der Bevölkerung befinden sich in einer bedenklichen Lage und vorgestern entsandten vor mehreren Bäckereien Unruhen. Die Regierung setzte einen Ausschuss ein, der über die Mittel zur Abhilfe berathen soll. —

Deutsches Reich.

Der gute Landtag und der schlechte Reichstag, das ist der unerschöpfliche Stoff, von dem die konservative Presse lebt. Bedenkt man aber, welche ungeheures Material vom Reichstage bewältigt wurde, worunter die rechtzeitige Erledigung des Reichsetats nicht gelitten hat, während der Landtag erst am letzten April mit dem Etat fertig wurde, obgleich kaum je eine seiner Sessionen so wenig mit Arbeit überlastet war, wie die letzte, bedenkt man das alles, dann sieht man deutlich, wie wenig recht die Bewunderer des Dreiklassen-Wahlrechts-Produkts haben, über den Reichstag zu zeteren. —

Der Kampf gegen die Großbäume wird von Herrn v. Miquel vorbereitet. Die speziell dem preussischen Finanzministerium zur Verfügung stehenden „Berliner Politischen Nachrichten“ erfahren, daß im Finanzministerium die Sache weiter bearbeitet und daß demnächst zur Förderung derselben eine Konferenz aus den Kreisen der Kommunalbeamten und der beteiligten Kaufleute berufen werden wird.

Heute empfing den Minister eine Deputation des Bundes der Berliner Handel- und Gewerbetreibenden. Die Mitglieder der Deputation hielten auch den Weg der Reform der kommunalen Besteuerung der Großbetriebe, verbunden mit einer Entlastung der kleineren Betriebe für den gangbarsten Weg und besprachen im übrigen alle in betracht kommenden Fragen in eingehendster Weise.

Das Beispiel Frankreichs beweist, daß der hier vorgeschlagene Weg nicht zum angestrebten Ziele führen wird. —

Reptilpatrioten finden es „höflich“, daß Lieblincht in seiner neuesten Rede gegen die Kolonialpolitik, die keine Schweiz“ als eins der Länder genannt habe, die keine Flotte haben, und doch im Ausland überall geachtet sind. Daß ein Völkchen wie die Schweiz keine Flotte hat, ist allerdings unbestreitbar, aber es hat auch keine Kräfte — wird gespöttelt. Nun — auf die Kräfte kommt es nicht an, sondern auf die Achtung, welche der Schweizer im Auslande genießt. Und in dieser Achtung wird er von dem Bürger keines anderen Staats übertrifft — nicht einmal von den Bürgern Englands. Das Hinzurufen der Reptilpatrioten scheint nicht genügend entwickelt zu sein, um sich zu der einfachen Logik auszusprechen, daß wenn die Bürger eines Landes, das keine Flotte hat und keine haben kann (und das obendrein auch kein stehendes Heer hat), sich im Stande des höchsten Ansehens und der höchsten Achtung erfreuen, die Quelle solchen Ansehens und solcher Achtung u. n. g. l. i. c. h. der Besitz einer Flotte und eines stehenden Heeres sein kann — wie von den Brotgeldern der Reptilpatrioten behauptet wird.

Aber Reptilpatriot und denke! —

Der Segen der Dampfer-Subventionen. Daß die Ausländer vorzugsweise Nutzen ziehen in der Beförderung durch den Subventionirten „Norddeutschen Lloyd“, bekundet wiederum ein Zuschrift, welche die „West. Zig.“ aus Shanghai erhält. In derselben wird folgendes berichtet: „Mit dem am 26. März hier abgegangenen mail steamer „Bayern“, Norddeutscher Lloyd, wollte der ehemalige chinesische Militär-Instrukteur, Hg. Dobbler aus Schladten bei Berlin 2. Ost, mitfahren. Zu diesem Zweck bewarb er sich 10 Tage vorher bei den hiesigen Agenten des Lloyds Meißner u. Co. um ein Billet, ohne ein solches erlangen zu können, da alles besetzt war und zwar meist, zu drei Vierteln, von Engländern, Franzosen und Russen. Die Subvention ist also nur dazu da, um allen Nationalitäten größeren Komfort für die Reise auf des deutschen Steuerzahlers Kosten zu verschaffen. Noch bemerken will ich, daß wir auch ohne vierzehntägige Lloyd-Verbindung durch die englischen und französischen Postlinien regelmäßig unsere Briefe erhielten.“ —

Der Reichstags-Abgeordnete Leuschner ist verstorben. Er war Geheimer Bergrath, Mitglied der Reichspartei, Vertreter des Mansfelder Kreises seit 1881, ging mit Stimm durch Diek und Dünn. Die Sozialdemokratie hat mehrmals im Reichstag mit ihm die Klinge gekreuzt, hat ihn aber nie zu den besonders ernsthaften Gegnern rechnen können. —

Ein Nachspiel zum Fall Peters. Gegen den früheren Bezirksamts-Sekretär Richard Jande, der aus dem Prozeß Peters als Mitglied des famosen „Kriegsgerichts“ unvortheilhaft bekannt wurde, war wegen verschiedener Ungehörigkeiten — er hatte den Gang der Untersuchung gegen den der Grausamkeit gegen Eingeborene beschuldigten Plantagenleiter Schröder zu beeinflussen gesucht — von der kaiserlichen Disziplinarkammer für die Schutzgebiete am 15. Januar auf Dienstentlassung erkannt. Jande hatte Berufung eingelegt. Der Disziplinarkhof erkannte, daß die Vorentscheidung zu bestätigen sei. Das ganze Bild der Untersuchung zeige in dem Angeklagten eine Person, die der Zuverlässigkeit für seine Dienststellung ermangelte. —

Strasburg i. El., 2. Mal. (Frankf. Zig.) Die Spezialkommission des Landesausbaus beschloß fast einstimmig, den Absatz 2 des § 2 des Prehgesetz-Entwurfes, wonach das Ministerium eich- und forstliche Zeitungen verbleiben kann, sofern ihr redaktioneller Theil ganz oder theilweise in einer fremden Sprache abgefaßt ist, zu streichen. In der Kommission wurde die Erklärung abgegeben, daß die Annahme dieser Bestimmung ausgeschlossen sei, selbst auf die Gefahr hin, daß die ganze Vorlage scheitert. Die Regierung behielt sich ihre Stellungnahme vor und begehrt einen Ausschuss, um sich mit dem Bundesrath ins Benehmen zu setzen. —

Oesterreich.

Wien, 3. Mal. In der heutigen Sprachdebatte im Abgeordnetenhause gab Baron Dipauli die Erklärung ab, die katholische Volkspartei habe ihren Standpunkt dahin geändert, daß auch sie die Aufhebung der Sprachverordnungen fordere. —

Der eiserne Ring, der seit dem Ministerium Taaffe, von dem kurzen Veruche mit dem Koalitionsministerium abgesehen, die Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhause repräsentirte, ist gesprengt.

Das „Einger Volksblatt“, das Organ des einflussreichen Merikalen Abgeordneten Ebenhoch, erklärte sich gegen die liberale Unterstützung der slavisch-nationalen Politik, die gleiche Schwelung machen nur auch die steiermärkischen und tiroler Merikalen. Das „Einger Volksblatt“ schreibt: „Wenn die Junggehehen meinen, die katholischen deutschen Bauern hätten Vertrauensmänner ins Parlament entsendet, um ihnen ihren Nationalstaat auf grund des nebulösen Staatsrechts aufzubauen, und 3/4 Millionen katholischer Deutscher in das hussitische Joch zu spannen, dann laßten sie sich.“ —

Ungarn.

Budapest, 3. Mal. Abgeordnetenhause. Auf eine Anfrage erklärte der Ministerpräsident Baron Banffy, er sei nicht in der Lage, den Zeitpunkt anzugeben, an welchem die Verhandlungen über die Ausgleichsvorlagen in der Ausschüssen beginnen könnten, weil dabei wichtige Gesichtspunkte in betracht kämen. —

Budapest, 3. Mal. Ueber die Unruhen in der Gemeinde Vola wird weiter gemeldet: Einige hundert Feldarbeiter wollten unter Vortragen einer rothen Fahne Kundgebungen veranstalten. Als der Oberführer die Menge aufforderte, sich zu zerstreuen, wurde er mit Steinen beworfen. Als Gendarmen ankam, widerlegte sich die Menge auch dieser, so daß sie von der Waffe Gebrauch machen mußte. Hierbei wurden drei Arbeiter getödtet, 14 verwundet. Eine Kompanie Soldaten erhielt Befehl, nach Vola abzugehen. Jetzt herrscht daselbst vollständige Ruhe. —

Schweiz.

Bern, 1. Mal. (Fig. Ber.) Der Festtag der Arbeit, der erste Mal, ist für den Kanton Bern zugleich ein Wahltag, indem der Kantonsrath (Landtag) neu gewählt wird. Am heutigen Sonntag kamen im Kanton Bern drei Gesetzesvorlagen zur Volksabstimmung, wovon die eine die Erhöhung des Grundkapitals der Kantonalbank betrifft, die zweite die Uebertragung der örtlichen Vormundschaftspflege von der Bürgergemeinde auf die Ortsgemeinde und die dritte die Ehrenfolgen bei Zahlungsunfähigkeit (Konkurs und schuldlose Pfändung). Die Sozialdemokraten stimmten den beiden ersten Vorlagen zu, stimmten aber energisch die dritte, bei der es besonders auf eine Verklammerung des allgemeinen Stimmrechts seitens der Gewerbetreibenden, die das Gesetz — ein richtiges Klassengesetz — gemacht haben, abgesehen ist. Von Amtes wegen soll jeder Konkurs oder schuldlos Ausgesandete auf die Dauer von 6 bzw. 3 Jahren in seinen Ehren und Rechten eingeschränkt werden. Demgegenüber sagen die Sozialdemokraten: Wenn jemand eines Vergehens oder eines Verbrechens angeklagt wird, muß das Gericht dem Angeklagten beweisen, daß er wirklich schuldig ist. Denselben Grundlag wünschten wir im Ehrenfolgesgesetz niedergelegt zu sehen. Wenn der Staat glaubt, sich zum Büttel des Gläubigers hergeben zu müssen, so soll er dem in finanzielle Noth Gerathenen doch wenigstens beweisen, daß er an seinem Vermögenszerfall selber schuld ist. Besteht ein solches Verschulden nicht, so soll man dem Unglücklichen nicht noch von Staatswegen das letzte, die Ehre, nehmen. Obgleich bereits drei bezügliche Vorlagen vom Volke verworfen wurden, ist sie diesmal wie auch die anderen Referendumsvorlagen angenommen worden. —

Belgien.

Brüssel, 3. Mal. Wie die Wähler melden, sollen die Verhandlungen betreffend den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen England und Belgien beendet sein. Belgien wird in England, den englischen Kolonien und englischen Besitzungen als meistbegünstigte Nation behandelt werden. Der neue Vertrag wird in einigen Wochen, sofort nach der Brüsseler Konferenz, unterzeichnet werden; die Ratifikation durch die Parlamente beider Länder wird jedoch mehrere Monate beanspruchen. Ein protokollarischer Vertrag wird der Kammer vor den nahesten Ferien unterbreitet werden. —

Brüssel, 3. Mal. (Verl. Tagebl.) Infolge der starken PreSSION seitens der Regierung sanktionirte der König das völkische Sprachen-gesetz, welches seit 1830 den bedeutendsten Sieg der national-slavischen Bewegung in Belgien bedeutet. Die Plänen veranstalten am 15. Mal eine Siegesfeier in Form eines großen Straßenzuges in Brüssel, woran 50 000 Vlāmen teilnehmen sollen. —

Rußland.

Verhaftungen in Petersburg. Vor kurzer Zeit sind verhaftet worden der Rechtsanwält Riffilenwitsch und Frau Loffowa, welche die Frauenkurse absolvirt hat, einige Ingenieure der Porskow'schen Fabrik und einige Arbeiter. Ende März wurden unter anderen verhaftet die folgenden Personen: Wosnesenski (Bergingenieur), Autamanow, Petrovskij und Kostrowin (alle drei Statistiker des Zolldepartements), Dowgello, Roop, Antonowa, Koltinskaja (Studentinnen), Frau Wollit (hat die höheren Frauenkurse absolvirt), Leonow, Popow, Balitsch, Soshanow, Zushchinskaja. —

Ueber ein verhindertes Attentat auf den Zaren wird aus Petersburg gemeldet: Unter dem Pseudonym der neuen Kathedrale in Jaroslaw Ziel sei von der Baukommission eine Minenanlage entdeckt worden. Da der Zar der Einweihung der Kirche beiwohnen wollte, so ist jedenfalls ein Attentat auf das Leben des Zaren durch die Entdeckung verhindert worden. Der hausherrliche Architekt, sowie dessen gesamtes Arbeitspersonal sind, wie die „Reine Freie Presse“ berichtet, in aller Stille verhaftet worden. Die Untersuchung wird so geheim geführt, daß keine Kunde davon in die Oeffentlichkeit dringen kann. —

Afrika.

Victoria, 2. Mal. Der Vorkraad wurde heute durch den Präsidenten Krüger eröffnet. Derselbe führte in seiner Rede aus, die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien andauernd freundschaftlich. Er hege die Hoffnung, daß der Schriftwechsel zu einer befriedigenden Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Transvaal und England führen werde. Die Raftinen-industrie sei im Aufschwung begriffen, ebenso die Landwirtschaft, ungeachtet der durch die Kinderpest und Pestschwarze verursachten Schäden. Die großen öffentlichen Arbeiten ruhen, so lange die Entscheidung über die Staatsanleihe noch aussteht. —

Asien.

Chinesisches. Prinz Kuny, der Bruder des Kaisers, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Er hat eine hervorragende Rolle in der Geschichte Chinas seit den 60er Jahren gespielt. Er zeigte sich europäerfreundlich, indem er hoffte, daß durch Einführung von Reformen China gestärkt werden würde. Mit den Edelstabsretungen der neuen Zeit war er dagegen durchaus nicht einverstanden. Er war seit 1894 Präsident des Chung-Hamen. —

Ueber die angebliche Abfahrt, den Hof von Peking zu verlegen, wurden wiederum Mittheilungen verbreitet. Die „Times“ melden aus Hongkong, es herrsche Unzufriedenheit unter den jüngeren Provinzialbeamten in ganz China und es wache die Gefahr für die Dynastie. Die Regierung sei deshalb besorgt und es sei Grund für die Annahme vorhanden, der Hof treffe Vorbereitungen für die Ueberwanderung von Peking nach Singan in der Provinz Schensi, tief im Innlande. Es ist nur auffällig, daß diese Nachrichten stets über London kommen. Die Engländer scheinen sehr viel Interesse dafür zu haben, daß die chinesische Regierung aus Peking und damit aus dem russischen Einflußbereich entledigt werde. —

Reichstag.

62. Sitzung, Dienstag, 3. Mal 1898. 12 Uhr. Am Bundesrathliche: Ueberbing. Die zweite Beratung der Novelle zur Zivilprozess-Ordnung, zum Gerichtsosten-Gesetz und zur Strafprozess-Ordnung wird fortgesetzt mit dem von dem Abg. Dr. Rintelen (Z.) neu beantragten § 100aa, nach dem gerichtliche Zustellungen auch unter Vermittelung des Gerichtsschreibers sollen erfolgen können. Der Antrag Rintelen wird nach unerheblicher Debatte abgelehnt.

Die §§ 191—207 werden debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

Im § 208 soll nach der Kommissionsfassung die Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch einen den Betrag von 1500 M., in Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche durch einen den Betrag von 3000 M. übersteigenden Werth des Beschwerdegegenstandes bedingt sein.

Die Abg. Träger und Kaufmann (fr. Sp.) beantragen dazu folgende Fassung:

„In Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche ist die Zulässigkeit der Revision durch einen den Betrag von 1500 M. übersteigenden Werth des Beschwerdegegenstandes bedingt.“

Abg. Träger (fr. Sp.) begründet den Antrag, der vor allem im Interesse des Mittelstandes liegt. Der Antrag müsse auch schon angenommen werden, um den Anschein zu erwecken, als ob die Rechtsprechung eine rein plutokratische oder, wie man jetzt sagt, kapitalistische sei.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) stimmt den Ausführungen des Vorredners vollständig zu.

Medienbaurgischer Bundesbevollmächtigter Geh. R. Dr. Langfeld wendet sich gegen den Antrag, da das Reichsgericht durch Revisionen bereits zu sehr belastet sei.

Abg. Salisch (L.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag. Der Mittelstand habe durchaus nicht das große Interesse an der Revision, wie es die Vorredner behauptet hätten.

Abg. Omburg (L.) bestirwortet den Antrag. Für ihn sei maßgebend, daß die Aufgabe des Reichsgerichts eben sei, die letzte Instanz zu bilden; durch die Kommissionsfassung würde aber den unbemitteltesten Klassen diese letzte Instanz genommen.

Staatssekretär Niederding bestreitet, daß der Hauptzweck des Reichsgerichts sei, die letzte Instanz zu bilden, es sei vielmehr vor allem dazu da, um die Rechtsreinheit zu erhalten. Die Gründe, die gegen die Grenzsumme von 3000 M. sprächen, könnten auch gegen die von 1500 M. geltend gemacht werden. Der Herr Vorredner habe aber selbst gesagt, daß er unter diese Grenze nicht hinuntergehen wolle, gäbe also die Notwendigkeit einer Grenze zu. Die jetzige Grenze von 1500 M. habe aber eine erhebliche Ueberlastung des Reichsgerichts zur Folge gehabt und müsse daher erhöht werden. In Frankreich, in England ist der Kreis der vor den obersten Gerichtshof gehörigen Sachen noch erheblich mehr eingeschränkt. Wird die Erhöhung der Revisionssumme abgelehnt, dann müssen die Senate beim Reichsgericht stark vermehrt werden, eine Maßregel, die nach Ansicht des Reichsgerichts-Präsidenten und aller Senatspräsidenten sehr bedenklich ist. Wenn das Haus jetzt den Kommissionsantrag annimmt, so wird die Regierung sich dem nicht widersetzen, aber sie ist überzeugt, daß früher oder später die Revisionssumme doch allgemein wird erhöht werden müssen. Redner bittet aber, den Antrag Träger-Kaufmann auf jeden Fall abzulehnen und es bei dem Kommissionsantrage bewenden zu lassen.

Abg. Dr. Rintelen (Z.): Bei so schwacher Befugung darf das Haus nicht einen so folgenschweren Beschluß fassen, wie die Erhöhung der Revisionssumme ihn darstellen würde. Das einzig Richtige stellt der Antrag Träger-Kaufmann dar, der es bei dem geltenden Rechte belassen will. Hoffentlich wird dieser angenommen.

Abg. v. Dziewbowski-Pomian (Pole) tritt den Ausführungen des Vorredners bei.

Abg. Rembold (Z.) spricht im Sinne der Ausführungen des Staatssekretärs.

Abg. Dr. Lamm (natl.): Das Reichsgericht muß entlastet werden, aber der vorgeschlagene Weg taugt nichts. Die Begründungen des Reichsgerichts sind zu wahren Abhandlungen geworden; hierin muß eine Aenderung eintreten. Es liegt im Augenblick kein Grund vor, das bestehende Recht in Sachen der Revisionssumme zu ändern. Warten wir erst ab, wie sich die Dinge nach Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches entwickeln.

Abg. Behr v. Stumm (Sp.) polemisiert gegen den Abg. Rembold. Die Diskussion wird auf Antrag des Abg. v. Kardorff geschlossen.

Der Antrag Träger-Kaufmann wird angenommen. Im § 509 und den folgenden Paragraphen werden einige Anträge des Abg. v. Cunn (natl.), die in der Folge des eben gefassten Beschlusses eine Entlassung des Reichsgerichts von Entscheidungen, die ihm durch die Vorlage übertragen werden sollen, ansprechen, angenommen.

Bei § 715, der von den pfandfreien Gegenständen handelt, beantragt

Abg. Dr. Bödel (wilder Antif.) unter die pfandfreien Gegenstände auch „eine Uhr“ zu rechnen und die „kleinsten Handwerker, gewerblichen Arbeiter“ gewährt Minderungen des Gesetzes (pfandfreies Arbeits- und Handwerkszeug) auch auf die Schriftsteller, Kleinrentner, Kleinindustriellen, Berufsrichter und Angestellte auszu dehnen.

Geh. Rath Grytmanz bittet um Ablehnung des Antrags Bödel, gerade dieser Paragraph sei in der Kommission sehr eingehend geprüft worden.

Abg. Camp (Sp.) hält es ebenfalls für gerathen, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Die Anträge Bödel werden gegen die Stimmen der Antifemiten und Sozialdemokraten abgelehnt. § 715 wird unverändert angenommen.

Der Rest der für die Zivilprozess-Ordnung vorgeschlagenen Aenderungen wird nach den Beschlüssen der Kommission debattelos genehmigt; ebenso das Einführungsgesetz zu der ganzen Novelle. In einem von der Kommission beantragten besonderen Gesetz wird ferner der Reichslanzler ermächtigt, den Rest der Justizgesetze in der Fassung, die sie durch die verschiedenen Novellen erhalten haben, neu feststellen und durch das Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht zu lassen.

Schließlich beantragt die Kommission noch die folgende Resolution: „Den Herrn Reichslanzler zu ersuchen, dem Reichstage eine Zusammenstellung derjenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über Materien des bürgerlichen Gesetzbuches vorzulegen, für welche ein Bedürfnis zur Verbeibehaltung der Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten besteht.“ Diese Resolution wird debattelos angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die in der zweiten Etatsberatung bereits beratenen Resolutionen Dr. Bachmide und Lieber. Der Antrag des Abg. Dr. Bachmide lautet:

Die verbündeten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, insbesondere:

- a) den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung dahin abändert, daß Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht oder nicht nur die unmittelbaren Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen betreffen oder darauf gerichtet sind, Aenderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen; b) den in § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erwähnten Vereinigungen und sonstiger zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten; c) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen Rechtsfähigkeit verleihen, wenn sie den §§ 55—60 des bürgerlichen Gesetzbuches genügen.

Die Resolution wird angenommen gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei.

Die Resolution Dr. Lieber (Z.) lautet:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen der § 152 der Gewerbe-Ordnung dahin ergänzt wird, daß Verabredungen und Vereinigungen gestattet werden, welche die Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen oder die Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen durch Veränderung der Gesetzgebung bezwecken.

Auch diese Resolution wird gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei angenommen.

Die Petitionen, betr. Einführung des Befähigungsnachweises

für das Baugewerbe, werden auf Antrag des Abg. Sijze der Regierung als Material überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtrags-Etats für 1898. Der größte Theil desselben wird debattelos genehmigt. Bei der Forderung in Höhe von 18 000 M. als Dispositionsfonds für den Reichsbank-Präsidenten erklärt

Abg. v. Kardorff (Sp.), er werde gegen diese Forderung stimmen, da er Dispositionsgelder nur einer Verwaltung bewilligen könne, zu der er Vertrauen habe; dieses aber habe er wegen der Diskont-Politik zu der Reichsbank-Verwaltung nicht.

Staatssekretär v. Posadowsky lehnt es ab, auf diese Materie einzugehen, da sie einer allseitigen sachlichen Prüfung bedürfe, zu der jetzt die Zeit nicht vorhanden sei.

Abg. Nicker (fr. Sp.) und Abg. Dr. Hammer (natl.) protestiren gegen die Angriffe des Abg. v. Kardorff gegen die Reichsbank, ebenso Abg. Lieber (Z.).

Der Titel wird hierauf genehmigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen. — Interpellation Auer u. Gen. betr. die Getreidezölle. — Dritte Beratung der Militär-Strafprozess-Ordnung. — Zweite Beratung des Antrags Pansche betr. Besteuerung von Sacharin.)

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 3. Mai 11 Uhr.

Am Ministerische anfangs niemand, später Kommissarien und Priefeld.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Camp (fr.), die Regierung zu ersuchen, die zur Ausführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe erlassenen Bestimmungen nach der Richtung hin einer Revision zu unterziehen, daß dabei die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung, insbesondere der Gewerbetreibenden, mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Der Antragsteller (auf den leeren Ministerisch weisend) bedauert das Fehlen von Regierungsvertretern und hofft auf deren baldiges Erscheinen, da ohne dieselben die ganzen Verhandlungen zwecklos sein würden. Er demängelt die Festsetzung des allgemeinen Geschäftsschlusses um 2 Uhr, der durch die Reichsgesetzgebung nicht als notwendig verlangt und deren Durchführung seitens der Staatsregierung eine große Härte sei namentlich auch gegenüber der Arbeiterbevölkerung und der ländlichen Bevölkerung. Selbst von eifrigen Anhängern der Sonntagsruhe, wie z. B. dem Abg. Sijze, ist dies Verfahren gemißbilligt; er wies darauf hin, daß dies Verfahren nur dem Haushandel zugute gekommen sei und auch Sijze er hat sich gegen diese (schablonenhafte) Handhabung der Sonntagsruhe ausgesprochen. In Bayern und Baden, wo die Verkaufszeit länger bemessen ist, nicht bloß für die Nahrungs- und Genussmittel-Veräule, haben viel weniger Klagen stattgefunden, während bei uns die Beschwerden kein Ende nehmen wollen. Redner erörtert dann eine Reihe von Streitfällen über die Unterscheidung von Handel und Gewerbebetrieb, von den Beschwerden der Wälder und Milchmänner. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter wäre die polizeiliche Regelung der Sonntagsruhe ganz entbehrlich; auch muß den Leuten Gelegenheit gegeben werden, wenn sie am Sonnabend spät haben arbeiten müssen, am Sonntag in der Stadt ihre notwendigen Einkäufe zu machen. Ueberflüssig ist auch das Verhängen der Schaufenster zu bestimmten Stunden am Sonntag und das Verbot der Jagd, die man an entlegenen Orten wohl gestalten kann. Die zahlreichen polizeilichen Anzeigen und gerichtlichen Entscheidungen aus Anlaß der Sonntagsruhe haben die Steigerung der Zahl der Uebertretungen in Preußen zur Folge gehabt, während in anderen Staaten diese Straffälle zurückgegangen sind. Wir wollen, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe, aber wir wollen auch, daß die Interessen des Gewerbebetriebes berücksichtigt werden.

Abg. Fleh (Z.): Zur Rechtfertigung der Sonntagsruhe bleibt es nur einen durchschlagenden Grund, nämlich den religiösen. Was in dem hochentwickelten England möglich ist, wird auch bei uns durchführbar sein. Die Arbeiter können ihre Einkäufe am Sonnabend besorgen. Wer seine Arbeiter nicht zeitig genug auslösen kann, der soll lieber seinen Gewerbebetrieb einstellen. Für die Sonntagsjäger habe er gar kein Sympathie.

Abg. v. Pappenheim (L.): Bestehen seiner Partei sei es stets gewesen, dem göttlichen Gebot der Sonntagsheiligung gerecht zu werden und diesen Standpunkt nimmt sie auch heute noch ein. Daß materielle Schädigungen durch die Sonntagsruhe herbeigeführt sind, ist nicht zu bestreiten; aber sie ist nicht bloß ein Ideelles, sondern auch ein materielles Bedürfnis, wie das Eintreten der Sozialdemokratie beweist. Die Großgrundbesitzer sollen hier nicht opponiren, sondern den Kleinrentnern mit gutem Beispiel vorangehen. Der Landwirth verdient keine Berücksichtigung, der nicht mal in der Woche ein Standhuhn zett hat, um seine Arbeiter zu lohnen und ihnen dazu die Sonntagsruhe stört. (Beifall rechts.) Dem Worte des großen Kaisers: daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse, hat der Vorredner mit seinem Antrage nicht gebiet. (Beifall.)

Abg. Dr. Glattfelder (Z.) tritt ebenfalls gegen den Antrag Camp auf.

Abg. Müller (natl.): Der Antragsteller hat seinen Antrag mit vielen Dingen verknüpft, die unmittelbar mit dem Antrage nichts zu thun haben. Nach der Entstehungsgeschichte der Sonntagsruhe war anfänglich nur ein Gehalt der Arbeiter und Angestellten beabsichtigt; erst als man nachwies, daß mit einer solchen Bestimmung eine Reihe anderer Geschäfte schwer konformirt würden, gab man diesen Gedanken auf. Doch sollte der englische Sonntag ferngehalten werden. Nun haben sich aber zahlreiche und umfangreiche Schädigungen herausgestellt, so z. B. der Zigarrenhändler zu gunsten der Schandwirth. (Sehr richtig!) Mit dem Gehalt der Angestellten soll nichts geändert werden. Wir wollen auch heute noch die Sonntagsruhe, aber es soll die Schädigung bestimmter Klassen vermieden werden, die polizeilichen Maßnahmen dürfen nicht so einseitig gehandhabt werden, wie bisher.

Minister Priefeld: Die diesseitigen Anweisungen in bezug auf die Handhabung der reichsgesetzlichen Sonntagsruhe sind nach Vereinbarung mit den Bundesstaaten und mit den beteiligten Faktoren erlassen. Klagen sind nur aus Handelskreisen laut geworden und haben neue Erhebungen veranlaßt. Es ist namentlich gewünscht worden, die fünfständige Verkaufszeit anders zu legen und sie den Bedürfnissen anzupassen. Das führt aber zu großen praktischen Schwierigkeiten. Vorläufig will man die Dinge im Auge behalten und Material für eine Aenderung sammeln. Bei den Bedörden gehen die Meinungen auseinander, welche Forderungen zu stellen sind; vielfach widersprechen sie sich. Einige sind sie nur darin, daß den Buchhändlern auf den Bahnhöfen ein längerer Geschäftsbetrieb gestattet werden kann. Die bestehenden Erlasse berücksichtigen gleichmäßig die wirtschaftlichen und die religiösen Bedürfnisse und darum soll man an ihnen nicht rütteln. Ein Bedürfnis für den Antrag liegt nicht vor.

Abg. Schall (L.) hat bedauert, einen solchen Standpunkt von dem Antragsteller vertreten zu sehen. Den religiösen Bedürfnissen habe er gar nicht Rechnung getragen. Aber auch die gewerblichen Verhältnisse sind nicht zureichend von ihm geschildert. Es ist schwer zu verstehen, weshalb der Antrag jetzt, vor den Wahlen, eingebracht worden ist; er wird nur von den Sozialdemokraten ausgenutzt werden, die sich darauf berufen werden, daß man den Sonntagsjägern ihr Vergnügen sichern will, aber nicht den Arbeitern die Sonntagsruhe sichert. Auch bei den königlichen Behörden wäre es gut, wenn auf Sonntagsruhe gehalten würde. Man trifft dort oft am Sonntag Beamte in den Bureaus, weil sie ihre Arbeiten in der Woche nicht anders erledigen können.

Abg. Nicker (fr. Sp.) bestirwortet eine Beschlusfassung dahin, daß das Haus den Antrag Camp durch die Erklärung des Herrn Ministers, daß er bereit sei, in eine Revision der Sonntagsruhe innerhalb seiner Kompetenz und soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, einzutreten, für erledigt erklärt.

Abg. Kasten (Z.) erklärt sich gegen den Antrag Camp.

Damit schließt die Debatte.

In seinem Schlusswort erklärt sich Abg. Camp mit dem Antrage Nicker einverstanden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Nicker in der Fassung angenommen, daß der Antrag Camp durch Erklärung des Ministers vom Hause für erledigt erklärt wird.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition um Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium und zu den Staatsprüfungen soll nach dem Kommissionsantrage durch Tagesordnung erledigt werden.

Abg. Nicker beantragt Berücksichtigung.

Abg. Wetekamp (fr. Sp.) stimmt diesem Antrage bei, beantragt aber event. Erwägung.

Abg. Stöcker beantragt Ueberweisung als Material.

Das Haus stimmt nach Ablehnung aller anderen Anträge lediglich dem Kommissionsantrage zu.

Sämmtliche weiteren Petitionen werden — soweit sie noch beraten wurden — nach dem Kommissionsantrage erledigt.

Morgen Mittwoch 11 Uhr: Arbeiterwohnungs-Vorlage, Berichte und Geschäftsnachweisungen und Petitionen.

Schluss 4 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberatung der Militär-Strafgerichts-Ordnung war am Dienstag Vormittag nochmals zusammengetreten, um zur bevorstehenden dritten Lesung im Plenum Stellung zu nehmen. In zweiter Plenarberatung hatte der Reichstag im Gegensatz zum Kriegsminister den § 8 abgelehnt: „Nicht sich eine der im § 1 Nr. 1 bezeichneten Personen nach Verurteilung des die Militär-Strafgerichtsbarkeit begründenden Verhältnisses aus Anlaß der früheren dienstlichen Beziehungen einer Verleumdung, Körperverletzung oder Herabforderung zum Zweikampf gegenüber einem früheren militärischen Vorgesetzten schuldig, so ist wegen dieser strafbaren Handlungen und, wenn der Zweikampf stattgefunden hat, auch dieserhalb die Militärstrafgerichtsbarkeit begründet, sofern nicht der Thäter seit zwei Jahren der militärischen Kontrolle nicht mehr unterstand.“ In der heutigen Sitzung wurde ein Kompromiß beschloffen und § 8 insofern wiederhergestellt, als persönliche Verleumdungen und Verleumdungen militärischer Behörden unter die Militärgerichtsbarkeit in besagten Fällen gestellt werden, dagegen Verleumdungen durch die Presse durch die Zivilgerichte abgeurteilt werden sollen. Im § 8 des letzten Abzuges ist die Befugnis, für bei den deutschen Behörden zugelassene Rechtsanwälte, vor dem Militärgerichte zu verteidigen, wenn nicht eine Befähigung militärdienstlicher Interessen oder eine Gefährdung der Staatssicherheit zu besorgen ist, auf mehrere Bestimmungen des Straf-Gesetzbuchs, die einer besonderen juristischen Distinktion bedürfen, beschränkt worden. Der dritte Differenzpunkt bezog sich auf die Verhaftung (§§ 172 und ff.). Nach dem Reichstagsbeschlusse steht die Befugnis zur vorläufigen Festnahme zu: den militärischen Vorgesetzten, militärischen Wachen und dem Untersuchungsrichter, wenn die Voraussetzungen der Untersuchungshaft vorliegen, den Polizei- und Sicherheitsbeamten in den Fällen des § 108 Nr. 1, 2, 4, wenn Gefahr im Verzuge und ein militärischer Vorgesetzter des Beschuldigten oder eine militärische Wache nicht erreichbar ist. Nach dem zweiten Abzuge kam eine der Militär-Strafgerichtsbarkeit unterstellte Person, die bei Verübung eines Verbrechens oder Vergehens auf frischer That betroffen oder verfolgt wird, durch jedermann festgenommen werden, wenn sie der Flucht verdächtig oder ihre Persönlichkeit nicht sofort feststellbar ist. Nach dem letzten Abzuge, der bis auf einen Zufall mit der Regierungsvorlage sich deckt, findet die Bestimmung des Abzuges 2 jedoch auf einen im Offiziersrang stehenden und in entsprechender Uniform befindlichen Angehörigen der bewaffneten Macht nur dann Anwendung, wenn er bei der Verübung eines Verbrechens oder eines mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohten Vergehens auf frischer That betroffen oder verfolgt wird. Im wesentlichen ist von der Kommission die Regierungsvorlage angenommen worden. Für das Plenum wird von Vertretern der Fraktionen, gemäß den Kommissionsbeschlüssen, ein Kompromißantrag eingebracht werden.

Maifeier.

Die immer noch in großer Zahl einlangenden Berichte bestätigen die Annahme, daß die diesjährige Maifeier, begünstigt durch die mit dem Sonntag verbundene Arbeitsruhe und durch das schöne Wetter, an Großartigkeit ihre Vorgängerinnen weit übertrifft hat. Es ist ganz unmöglich, die vielen Berichte, die uns noch vorliegen, auch nur einigermaßen ausführlich wiederzugeben; wir müssen uns auf die Angabe der nothwendigsten Daten beschränken.

Teltow (100 Theilnehmer am Ausfluge nach Kowales, wo mit den dortigen Genossen im Lokal der Wittve Simon eine gemeinsame Feier abgehalten wurde). Frankfurt a. d. O. (großartiger Verlauf, am Ausfluge beteiligten sich tausend Personen, die Festrede hielt Paul Jahn aus Berlin). Wismar i. M. (900—1000 Theilnehmer, Festrede verboten, Verlängerung der Zanzlerlaubnis vom Ministerium abgelehnt). Posen (zahlreiche Theilnahme am Ausfluge); die vom Bildungsverein in der Stadt geplante Maifeier wurde von dem Wirth, wohl infolge höherer Anweisung, vereitelt). Ebing (Versammlung 800 Theilnehmer, Referent Storch aus Stettin; Fest 800 Theilnehmer). Blumenau in Schlesien (stark besuchte Versammlung, Referent Luz aus Langenbleau). Vorne bei Magdeburg (wegen Mangels eines Lokals wurde die Feier in einer Privatwohnung begangen). Dellisch (ungemein zahlreiche Theilnahme, Referent Weichmann-Halle a. S.). Eilenburg (Theilnahme ebenfalls sehr zahlreich; Die ganze Stadt war auf den Beinen). Stahfurt (Versammlung 800 Theilnehmer, Referent Meyer aus Halberstadt, gewaltige Theilnahme am Fest der Gewerkschaften). Ueberburg (Dorf in Kreise Kalbe in der Provinz Sachsen); da uns dort kein Saal zur Verfügung steht, trafen sich die Genossen bei einem Glaste; viele, die sonst das ganze Jahr nicht Sonntags zu arbeiten brauchen, waren diesmal zur Sonntagsarbeit befohlen und dadurch von der Theilnahme an der Maifeier abgehalten. Die Stimmung für den Reichstagskandidaten Schmidt ist gut.

Deffau, Coswig, Zerbst, Raguhn und Jernitz in Anhalt (überall sehr starke Theilnahme; in Coswig war ein Umzug erlaubt worden). Gagen i. W. (zirca 1500 Theilnehmer), Duisburg (Ausfluge von 400 Personen, abends Lokal überfüllt). Witten i. W. (100 Mann, darunter Bergmann Schröder, trafen sich mit den Genossen aus Essen in Wansestein, dort waren alle Lokale abgetrieben; riesiges Aufgebot von Polizei und Gendarmerie; abends Versammlung in Witten, Fritzen aus Düsseldorf referirte, König leitete das unheimliche Polizeiaufgebot, Riefeid (sehr starker Besuch, Bar aus Strefeld und Hengsbach aus Köln hielten die Ansprachen, Welter (hier feierten die Genossen aus dem Kreise Weimann den 1. Mai, hunderte konnten keinen Platz bekommen, die Festrede Reits' fand stürmischen Beifall; die begeisterte Stimmung der Arbeiter läßt erwarten, daß das Reichstags-Mandat schon im ersten Wahlgange gewonnen werden wird). Dhl bei Bräunlich (Ausfluge von 150 Personen nach dem Itterthal), Wachen (am Morgen wurden 20 000 Wahlschlupfblätter verteilt, die Volkversammlung unter freiem Himmel war mit der Begründung verboten worden, daß durch die vorausichtlich große Theilnahme die öffentliche Ordnung gefährdet werden könnte, die in Erwartung des Verbots nach einem Lokal einberufene Volksversammlung war riesenhaft besucht, und der Besuch der Hauptfeier am Nachmittag war, wie um geschrieben wird, „geradezu abnorm groß“; die Polizei hatte am Freitag in der Nähe des Lokals eine „Probe-Mobilmanöver“ exekutiren müssen und sie war bei der Feier zahlreich anwesend, bekam aber nichts zu thun; alles nahm den besten Verlauf. St. Johann a. d. Saar (im Königreiche Stumm); Im Roth'schen Gasthaus fanden sich 250 Personen zur Maifeier ein. Die Versammlung war verboten worden, weil die Thüren des Lokals

nicht nach außen ausschlagen. Trotdem guter Verlauf: abwechselnd Gesang, Gendarmen, Deklamationen, Polkisten.

Die Arbeiter der sächsischen Orte Annaberg, Buchholz und Umgebung mußten die Kaiserfeier auf österreichischem Boden, in Weigert, abhalten. Dort konnten sie, im Verein mit den österreichischen Klassenkassen, einen Festzug veranstalten, eine Versammlung abhalten und sich vergnügen, während die rüchliche Reaktion daheim ihnen selbst die geringste freiherrliche Beistandung zu erschweren sucht. Die Feier in Weigert war von einer kolossalen Menschenmenge besetzt und verlief, begünstigt durch das herrliche Wetter, in der großartigsten Weise. Frankenberg i. S. (glänzender Verlauf, 600 Teilnehmer). Festredner Schöppin aus Burgstädt), Zeleuroda in Reuß a. L. (800 Theiln., wegen Ueberfüllung des Lokals fanden viele keinen Zutritt), Goldlauter im Kreise Schleisungen (schöner Verlauf), Waltershausen (500 Theiln.), Mehlis (5-600 Theiln., der Ort hat nur 4000 Einwohner), Mühlhausen i. Th. (circa 1000 Theiln., Referent Kustergerling; der Umzug war verboten worden; auf der obersten Spitze eines nicht bewohnten Thurmes der Untermarktstraße war eine drei Meter lange rote Fahne, auf der sich eine goldene 8 befand, angebracht worden; ein Mühlhäuser Blatt schreibt darüber: „Die Fahne kann nicht anders dort hinaufgekommen sein, als daß der betreffende von der obersten Luke aus den Oligabeller entlang geklettert ist. Der Dachdeckermeister, der von der Polizei zur Abnahme der Fahne beauftragt war, hatte mit seinem Gesellen erst ein Gerüst anzubringen und so mehrere Stunden zu schaffen, ehe er im Besitz der Fahne war“).

Ferner ist der 1. Mai gefeiert worden in Lambach am Rennstieg in Thüringen (von den 2400 Einwohnern des Ortes betheiligten sich 500; ein Festzug, dem ein Musikkorps voranschritt, bewegte sich durch die Stadt, die Theilnehmer waren mit rothen Schleifen geschmückt; die Landtags-Abgeordneten Schauder und Wolf hielten die Festreden), Saalfeld (am Festzug durch die Stadt betheiligten sich 800 Personen, auf dem Festplatz betrug die Zahl der Theilnehmer 1500, ungerechnet die Kinder, Redakteur Becker hielt eine zündende Ansprache).

Auch in Oberhessen nahmen die Arbeiterveranstaltungen einen imposanten Verlauf. Die Gießener Genossen waren in Walde versammelt. In den Nachbarorten fanden noch Versammlungen statt in Altenbuseck und für Wiesed, Sollar, Daubringen auf der Wellersburg, Weiter in Heuchelheim und den Orten Steinberg und Wagenborn. Redner waren Beckmann, Krumm und Scheidemann aus Gießen und Knop aus Frankfurt. Bei Alsfeld auf der Pfefferhöhe sprach Ph. Schmidt aus Frankfurt. Alle Versammlungen zählten viele hundert von Theilnehmern, in jeder waren — etwas Neues in Hessen — zwei Gendarmen anwesend. Ueberall kennzeichnete sich die diesjährige Kaiserfeier als die große Wahllampfen-Eröffnungsschlacht. Die Stimmung war überall begeistert.

Hof in Bayern. (Gut besuchte Versammlung, Redakteur Stüden hielt ein vortreffliches Referat; die Abendfeier im größten Saale Hof's erfreute sich massenhaften Zuspruchs), Augsburg (großartiger Verlauf, sehr gut besuchte Versammlung am Vormittag, der Reichstagskandidat G. Müller aus München referierte; am Abend auf dem Spital nahmen 5000 Personen theil; das Wetter war herrlich), St. Ingbert in der Rheinpfalz (gute Theilnahme an dem Ausflug; mangels eines Saales hielt der Reichstagskandidat Wenzel seinen Vortrag im Verhörslokal unserer Genossen), Birmaiden (sehr gut besuchte Volksversammlung, Referent Wenzel aus Ludwigschafen, das Konzert am Nachmittag war von über 600 Personen besucht), Kaiserslautern (Versammlung von 400 Personen, Referent Ed. Clement, Volksfest über 2000 Theilnehmer).

Stuttgart. An dem Festzug betheiligten sich alle Gewerkschaften mit insgesamt rund 10 000 Personen, darunter 1000 Frauen, 4 Musikkorps spielten. Auf dem Festplatz betrug die Zahl der Theilnehmer ca. 25 000. Klotz und Lauscher hielten die Ansprachen. Alles ist in bester Ordnung verlaufen. Schwenningen (Festzug von 500 Mann, in der städtischen Turnhalle vollbesetzte Versammlung, Redner Hildenbrand aus Stuttgart), Tuttlingen (Versammlung von 800 Personen besucht, Föhler hielt den Vortrag), Ruffenhäuser (Festzug von 400 Personen, Redner Steinbrenner), Calw (gut besuchte Versammlung, das Referat hatte der Reichstagskandidat Otto Wagner aus Stuttgart).

Durlach in Baden (600 Theilnehmer, Referent Agster aus Stuttgart), Rheinfelden (am Umzug betheiligten sich 400, an der Feier im Lokal 600 Personen; Referate in deutscher und italienischer Sprache, Redner Stuber und Mondello). Aus dem 8. badischen Wahlkreise Baden-Rastatt hatten sich 150 Parteigenossen in Gaggenau versammelt; in einem dortigen Lokal hielt Gleisner aus Karlsruhe die Festrede durch das Fenster in den vom Publikum dicht gefüllten Garten hinaus. Die Parteigenossen von Rehl und Freistett hielten in der Wirtschaft eines alten Ader Demokraten in Reunäth eine feierliche Kaiserfeier ab.

Wir schließen hiermit die Verichterstattung über die Kaiserfeier im Deutschen Reich, die, alles in allem genommen, als ein glänzendes Beispiel zur nächsten Reichstagswahl bezeichnet werden darf. Mögen die vielen Arbeiter in Stadt und Land, die durch die diesjährige Kaiserfeier für den Gedanken des Sozialismus neu gewonnen worden sind, auch ihre Pflicht im Wahlkampfe voll erfüllen, indem sie, den Beeinflussungen der Gegner männlich Trotz bietend, überall für die Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen. Dann wird der Ausfall der Reichstagswahl ein großer Schritt näher dem Ziele sein, das das organisierte Proletariat mit der Kaiserfeier erstrebt.

Vom Auslande ging uns noch folgende Nachricht aus Belgien zu: Die Kaiserfeier in Charleroi ist glänzend verlaufen. Die Arbeiterquartiere hatten geflaggt. Die Zahl der Theilnehmer am Festzuge hat nach sicherer Schätzung circa 20 000 betragen. An der Spitze des Zuges marschirten die sozialdemokratischen Abgeordneten. Zahlreiche Inschriften mit den Forderungen der sozialdemokratischen Partei wurden im Zuge geführt. Die Feier war eine glänzend gelungene Probe zu den Kammerwahlen am 22. März. Hoch die Sozialdemokratie!

Partei-Nachrichten.

Volksliches, Gerichtliches etc.

Die „Volksstimme“ in Rannheim hatte die Kampfweise des dortigen „General-Anzeigers“ derb getabelt; der leitende Redakteur dieses Blattes, Otto Gopp, ließ nun Rabi, anstatt die Sache als Feld der Feder schriftlich auszusprechen, und hat nun die große „Genußthung“, daß der Redakteur der „Volksstimme“, unser Genosse Fäch, vom Schöffengericht zu 15 M. Geldstrafe oder drei Tagen verurtheilt wurde.

Das Landgericht in Guben verwarf die Verurteilung, die der Redakteur der „Rätkischen Volksstimme“ in Forst, Genosse Jappay, gegen ein Erkenntnis des dortigen Schöffengerichts eingelegt hatte, wonach er wegen Beleidigung des Polizeikommissars Weinert in Magdeburg zu 8 Wochen Gefängnis verurtheilt ist. Jappay wird nun das Kammergericht anrufen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnkommission der Zimmerer ließ am 22. und 23. April auf den Bauten Berlins und denen der Vororte eine Kontrolle ausführen über die von den Unternehmern gezahlten Löhne. Die Kontrolle erstreckte sich auf die Bauten von 373 Unternehmern, welche auf 586 Arbeitsstellen 3197 Zimmerer beschäftigten. Davon zählten 215 Unternehmer den Minimallohn von 60 Pf. und beschäftigten 1518 Zimmerer. 158 Unternehmer zahlten Klassenlohn von 65-67 Pf. und beschäftigten 1579 Zimmerer, 5 Unternehmer zahlten unter 65 Pf. Stundenlohn.

Die Puvertäger hatten den Puvern einen Lohnzins unterbreitet, der in der öffentlichen Puvertversammlung zur Veranlassung kommen sollte. Es gelangte aber schließlich ein Antrag zur Annahme, über die Forderungen zur Tagesordnung überzugehen, im übrigen versicherte die Versammlung den Puvertägern ihre warme Sympathie. Um zu diesem Beschlusse Stellung zu nehmen, ist für Montag, den 9. Mai, abends 7 Uhr, bei Bernau, Schwedterstraße 23/24, eine außerordentliche Mitglauberversammlung der Puvertäger anberaumt. Näheres im Inserat in der Freitagssnummer d. Bl. Pflicht aller Kollegen ist es, in genannter Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Der Arbeitsnachweis der Heilenhauer befindet sich bei Renz, Grenzstr. 17, nicht, wie es fälschlich an dieser Stelle hieß: Georgenstraße 17.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. In Magdeburg ist die angekündigte Aussperrung der Bauarbeiter erfolgt. Auf einer ganzen Anzahl Bauten sind die sämtlichen Arbeiter ausgesperrt.

Aus Mühlhausen wird berichtet, daß der Maurermeister-Verband beschloß, den Gesellen pro Stunde 2 Pf. mehr Lohn als vor dem Streik zu gewähren.

In Stuttgart befinden sich 400 Zimmerer im Ausstand. Eine größere Anzahl Firmen, die außerhalb der Untermarkter-Vereinigung stehen, haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

In den vereinigten Steubrüchen im Plauen'schen Grund befinden sich die Arbeiter im Streik.

Gerichts-Beitrag.

Die verhinderte Kesselrevision. Der Gewerbe-Inspektionsassistent Baurisch kam eines Mittags nach der Holzbearbeitungs-Fabrik von Müller in der Schönhauser Allee, um den Kessel der Dampfmaschine zu revidieren. Die Arbeiter machten bereits ihre Mittagspause und der Heizer hatte schon die Feuerung herausgerissen und die Dampfspannung von 9 auf 3 Atmosphären herabgedrückt. Herr Müller, der hinzukam, verweigerte darum dem Inspektionsbeamten den Zutritt zum Maschinenraum. Er wurde darauf des Vergehens gegen die §§ 139b und 149 angeklagt. Die Anklage wurde darauf gestützt, daß der Gewerbe-Aufsichtsbeamte zu jeder Zeit, sogar in der Nacht, revidieren könne. Die Revision während der Nacht brauche allerdings nur gestattet werden, wenn die Fabrik im Betriebe sei, das gehe aus § 139b der Gewerbe-Ordnung hervor. Das Schöffengericht verurtheilte auch den Beschuldigten zu einer Geldstrafe, indem es sich der Auffassung des Polizeipräsidenten und der Staatsanwaltschaft anschloß. Müller legte dann Berufung ein und verwies auf den Wortlaut des § 139b Absatz 8, wo es heißt: Die (näher bezeichneten) amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes gestatten. Die Worte: während des Betriebes bezögen sich auch auf die Inspektion am Tage. Das Landgericht war derselben Meinung und sprach Herrn Müller frei, indem es ausführte, der Angeklagte habe die Kesselrevision während der Mittagspause nicht gestatten brauchen, da der Kessel zur Zeit nicht im Betriebe gewesen sei. Hätte der Beamte indessen verlangt, das Kesselhaus zu betreten, um zu sehen, ob darin etwa Arbeiter schliefen, dann hätte ihm der Zutritt gestattet werden müssen. Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr noch die Revision ein, hatte aber keinen Erfolg damit, denn der Strafsenat des Kammergerichts trat bei Urtheile der Strafkammer bei. Herr Müller habe dem Inspektionsbeamten mit recht den Zutritt zum Kessel während der Mittagspause, wo der Betrieb ruhte, verweigert.

Geborstene Ordnungsfälle. Aus Breslau meldet unser dortiges Partei-Organ: Ein Kämpfer für bürgerliche Ordnung und Sitte ist im diesmahligen Wahlkampfe im Wahlkreise Breslau Land-Neumarkt weniger. Der Bürgermeister und Amtsanwalt von Neumarkt, Dr. jur. Brinmann, der unseren Lesern, besonders aber den Agitatoren durch die vor kurzen in Neumarkt erfolgte Beschlagnahme von Flugblättern noch in frischem Andenken sein wird, ist am Sonnabend von der hiesigen Strafkammer wegen Sittlichkeitsvergehen verurtheilt worden. Die Anklage legte ihm zur Last, die in seinen Diensten stehende, noch nicht 16 Jahre alte Martha Ullmann verführt und es unternommen zu haben, die Mutter derselben zum Verbrechen des Meineids zu verleiten. Das Gericht konnte indess nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß der Angeklagte des Unternehmens der Verleitung zum Meineid sich schuldig gemacht habe, weil es sich ergab, daß B. bei seiner Unterredung mit der Mutter der Ullmann wohl geglaubt haben mochte, es werde nicht zu einer gerichtlichen Verhandlung und damit auch nicht zu einer eidlischen Vernehmung der Zeugin kommen. Bezüglich dieses Punktes erfolgte daher Freisprechung. Dagegen wurde der Angeklagte wegen Vergehens wider § 182 zu 10 Monaten Gefängnis verurtheilt, indem der Gerichtshof den Fall bei der Stellung Brinmann's für einen sehr schweren ansah. Der Verurtheilte ist verheiratet und Vater eines Kindes.

Der Krieg.

Ueber den Fortgang der amerikanischen Operationen auf den Philippinen verlautet noch nichts Bestimmtes. Angeblich soll das Kabel, das den telegraphischen Verkehr zwischen Hongkong und Manila vermittelt, zerschritten sein. Jedenfalls scheint Manila mit der Kabelverbindung noch nicht in den Händen der Amerikaner zu sein, denn es fehlt noch jede direkte Mittheilung aus Washington und New-York über den großen Erfolg der Amerikaner. Das amerikanische Staatsdepartement ist benachrichtigt worden, daß die englische Regierung Telegramme von dem Gouverneur von Singapore erhalten hat, welche die bisherigen Meldungen über die Seeschlacht vor Manila bestätigen und noch das folgende besagen: Nach dem ersten zweifelhafte Gesecht, das mit der Vernichtung des spanischen Schwabens endete, zogen sich die amerikanischen Schiffe nach dem in der Mitte der Bai von Manila vor Anker liegenden Transportschiffe zurück, um Kohlen zu nehmen. Ein amerikanisches Kriegsschiff, dessen Namen nicht angegeben ist, wurde außer Gesecht gesetzt. Der amerikanische Admiral Dewey ersuchte alsdann den englischen Konsul, dem spanischen Gouverneur die Aufforderung überbringen zu lassen, alle Kanonen, Torpedos und den Besitz der Kabelbureaus auszuliefern, mit der Erklärung, daß, wenn diesen Forderungen nicht entsprochen werde, er die Stadt beschließen werde. Die spanischen Offiziere hatten hierauf eine Besprechung mit dem englischen Konsul und dem Agenten der Kabel-Gesellschaft: bis zur Beispruchung war die Abwendung jeglicher Depeschen verboten. Schließlich lehnte der Gouverneur die geforderte Uebergabe ab, ebenso verweigerte er dem Kabel-Agenten die Erlaubnis zu einer Unterredung mit dem Admiral Dewey. Demnach wurde der Beginn der Beschießung Manilla's für Montag fest erwartet; ebenso erwartete man, daß die Spanier das Kabel abschneiden werden.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New-York gemeldet: Der Kommandeur Dewey sandte durch den englischen Konsul in Manila ein Telegramm an seinen in Montpellier wohnhaften Bruder, in welchem er mittheilt, er habe die größeren spanischen Schiffe zerstört, der Rest der Flotte sei geflohen, und auf einer kleinen Insel im Hafen seien die amerikanischen Truppen gelandet. Die Blätter zollen der tapferen Vertheidigung Manilla's hohe Anerkennung und sprachen die Hoffnung aus, Spanien möge seine Schwäche einsehen und Andra aufgeben. Den eingelaufenen Privatnachrichten zufolge ist das Bombardement im vollen Gange. Die Nachrichten über die Seeschlacht vor Manila sind bisher nur über Madrid und London gekommen, man vermutet daher, daß der amerikanische Admiral Dewey Manila noch nicht eingenommen hat. Dem Londoner „Standard“ zufolge bombardirte das amerikanische Geschwader gestern Manila. Die Beschießungen von Koroedo wurden gestern bombardiert. Manila steht in Flammen. Die Beschießungen von Cavite gleichen einem Trümmerschutteln.

Die aus Manila telegraphirt wird, sind bei dem Bombardement 300 Häuser zerstört worden.

Aus Madrid kommt eine ähnliche Meldung: Der Ministerpräsident Sagasta begab sich nachmittags in das Palais, um, wie man glaubt, der Regentin eine Depesche mitzutheilen, in welcher gemeldet wird, die Stadt Cavite sei vollständig dem Erdboden gleich gemacht; der nicht mit Mauern versehenene Theil Manilla's liege in Flammen.

Man behauptet hier, die Amerikaner hätten Petroleumbomben geworfen, wodurch sich der Brand der „Reina Cristina“ erklärte.

Das Madrider Blatt, der „Liberal“ meldet, die Amerikaner hätten den Generalgouverneur der Philippinen Augusti aufgefordert, sämtliche im Archipel befindlichen spanischen Schiffe auszuliefern, widrigenfalls sie zum Bombardement Manilla's und anderer Häfen schreiten würden.

Wie aus Hongkong gemeldet wird, autorisirte die spanische Regierung den Gouverneur von Manila, die Stadt den Amerikanern zu übergeben.

Das „Boston Journal“ meldet, Mac Kinley habe eine amtliche Mittheilung des Admirals Dewey erhalten, wonach Manila übergeben worden sei. In Madrid geht das Gerücht, ein amerikanisches Schiff habe das Kabel vor Manila abgebrochen und das Ende an Bord befestigt, um eine telegraphische Verbindung herzustellen.

Dem „New-York Herald“ wird aus Washington gemeldet: An die Behörden in San Francisco ist telegraphisch die Weisung ergangen, zwei der schnellsten Schiffe auszuwählen, Kohlen zu verladen und sie sofort an den Admiral Dewey abgehen zu lassen.

Nach einer Depesche des „New-York Journal“ aus Washington wird Mac Kinley Mobilisirung und Konzentration aller regulären und freiwilligen Truppen der Weststaaten in San Francisco anordnen, um dieselben als Okkupationsarmee für die Philippinen zu verwenden. Amerika werde die Philippinen bis zur Beendigung des Krieges besetzt halten; sodann würden die Inseln einen Theil der Kriegsgeldabgabe zahlen müssen.

Dem Pariser „Gaulois“ wird gemeldet: Die Vereinigten Staaten wollen sich der Philippinen bemächtigen, um die Insel sodann an Spanien zurückzugeben gegen die Verpflichtung, Kuba die unbedingtste Unabhängigkeit zu bewilligen.

Aus Washington liegen die folgenden Meldungen vor:

Präsident Mac Kinley wird demnächst eine Proklamation erlassen, laut welcher in Amerika wohnhafte Spanier Namen, Beschäftigung und andere ihre Identifizierung bezweckende Angaben zu Protokoll geben müssen, widrigenfalls sie das Land zu verlassen haben.

Der Senat nahm die Kriegskostenbill an, sowie die Bill betreffend die Rekrutierung einer Genie-Brigade und von 10 000 Mann, welche gegen das gelbe Fieber immun sind. Das Repräsentantenhaus nahm ohne Abstimmung die Bill betr. die Beschaffung der Mittel für die außerordentlichen Kriegskosten an.

Der parnellistische Flügel der irischen Abgeordneten des englischen Unterhauses sandte Mac Kinley ein Glückwunschtelegramm anlässlich des glänzenden Sieges der amerikanischen Flotte.

Ueber die Situation auf dem kubanischen Kriegsschauplatz wird gemeldet:

Eine spanische amtliche Depesche aus Havana berichtet, das amerikanische Geschwader sei verschunden, man glaube, dasselbe habe die Richtung nach Key-West eingeschlagen.

Aus amerikanischen Quelle stammen die folgenden Nachrichten:

Zweihundert Kubaner, welche sich in New-York hatten anwerben lassen, sind in Tampa eingetroffen; dieselben werden mit anderen Kubanern, welche sich unter Führung von Julio Sanguin zur Zeit hier aufhalten, in ein Kavallerie-Regiment eingereiht werden. Für den Transport von Truppen sind bereits Dampfer gechartert. Die erste Expedition wird voraussichtlich aus 8000 Mann Infanterie, 1000 Mann Kavallerie und 10 Batterien bestehen. — Das Präsenzgericht in Key West wird voraussichtlich den spanischen Dampfer „Catalina“ freigeben. — Der Kreuzer „Bancroft“ wird sich dem Holabergegeschwader anschließen. — Der bisherige Generalkonsul in Havana, Yre, ist zum General-Major ernannt worden.

Ueber die am Freitag stattgefundenen Begegnungen des spanischen Dampfers „Argonauta“ werden aus Key-West folgende Einzelheiten gemeldet: Die Kriegsschiffe „Rahville“, „Marblehead“ und „Eagle“ kamen am Freitag auf der Höhe von Cienfuegos an und sahen die „Argonauta“ sich nähern. „Rahville“ feuerte auf die „Argonauta“, die, am Bug getroffen, stoppte und darauf genommen wurde. Die spanischen Offiziere und Soldaten (ca. 20 Mann) wurden auf den „Rahville“ gebracht, die Passagiere bei Cienfuegos an das Land gesetzt. Zwischen den amerikanischen und den inzwischen aus dem Hafen von Cienfuegos ausgelaufenen spanischen Kriegsschiffen entspann sich eine zwanzig Minuten währende Kanonade.

In Spanien herrscht über die schwere Niederlage der Flotte vor Manila schwerer Muth, große Demonstrationen haben stattgefunden, die Regierung hat den Belagerungsstand über Madrid verhängt, die Verbreitung von Kriegsnachrichten ist untersagt; Gerüchte über Ministerkrisen zirkulieren und finden trotz der amtlichen Dementis vollen Glauben. Man rechnet mit einem Ministerium von Generalen unter der Führung Wepler's. Die finanziellen Schwierigkeiten der spanischen Regierung scheinen verzweifelte zu sein. Sie erwägt den Verkauf sämtlicher staatlichen Bergwerke, die sie einem Konsortium für den Preis von 2000 Millionen Franken angeboten haben soll.

Der Genueser „Secolo“ erhält dem „Berliner Tageblatt“ zufolge offizielle Depeschen aus Madrid, laut welchen in vielen Städten Spaniens eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen ist. In Barcelona kam es bereits zu blutigen Zusammenstößen. Die Lage ist sehr fatal. Die italienische Presse macht stets stark in Sensation. Jedenfalls muß aber mit revolutionären Vorgängen in Spanien schon jetzt gerechnet werden.

Man spricht jetzt nach dem Sestiege der Amerikaner von Vermittlungen der Großmächte zu gunsten des Friedens. In Pariser diplomatischen Kreisen soll verlauten, daß die europäischen Mächte, nachdem eine Entschuldigungskriegsentscheidung sein wird, den Zeitpunkt für gelommen erachten werde, die Herstellung des Friedens in Madrid und Washington anzubahnen. Man behauptet, daß diese Intervention, wenn auch erst in vertraulicher Weise, bereits begonnen hat. Spanien werde Kuba verlieren, nachdem es alles gethan, die Insel zu verteidigen.

In spanischer Regierungskreisen soll die Hoffnung bestehen, daß Deutschland und Rußland zu gunsten Spaniens in Washington interveniren werden.

Ein Telegramm aus Hongkong, das von der Wallstreet News Agency verbreitet wird, theilt mit, daß Manila gefallen sei. Die amerikanische Flagge weht auf den Philippinen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ries, 8. Mai. (W. T. Z.) Der Ablösungstransport für das ostasiatische Kreuzer-Geschwader ist heute früh mittels Sonderzuges nach Wilhelmshaven abgegangen.

Wien, 8. Mai. (W. T. Z.) Abgeordnetenhause. Bei der Fortsetzung der Debatte betr. die Sprachenanträge sagt der Abg. Jeller (Soz.), er verurtheile den Nationalitätenfreit. Redner wridt sich für Einsetzung eines Sprachenausschusses aus und fordert Gleichberechtigung der Nationen und Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Abg. Dr. Bacal (Zungzedde) erklärt, seine Partei halte daran fest, daß der Landtag in dieser Frage kompetent sei und werde für die Wahl eines Sprachenausschusses stimmen, um ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung zu zeigen.

Paris, 8. Mai. (W. T. Z.) Der heutige Ministerrath soll beschließen haben, den Getreigezoll um 7 Francs während des Monats Mai zu erniedrigen.

Paris, 8. Mai. (W. T. Z.) Der oberste Landwirtschaftsrath hat sich für Aufhebung der Getreidezölle bis zum 1. Juli d. J. ausgesprochen. Dem Vernehmen nach wird die Regierung unverzüglich einen Beschluß in gleichem Sinne fassen.

An die Frauen und Mädchen Berlins.

Der Wahlkampf hat begonnen! — Wohl haben die deutschen Gewerbetreibenden die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen und dadurch ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß auch der Wahlkampf, wie jede politische Betätigung, sie nichts angehe.

Die ganze Heuchelei der Bourgeoismoral gerade gegenüber den Frauen tritt in dieser Auffassung zu Tage. In der Fabrik und in der Werkstatt muß die Frau sich schinden und plagen von früh bis spät, muß den Reichtum der Kapitalisten schaffen helfen; das Elend treibt viele der Unglücklichsten auf die Straße und der Schande in die Arme.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung hat die Frauen des arbeitenden Volkes aus dem Hause hinausgerissen und sie auf dem Felde der Arbeit mit ihren männlichen Genossen in Reih' und Glied gestellt. Aber während sie ihnen alle Lasten gleichmäßig aufbürdet, verweigert sie ihnen alle Rechte.

Durch die Arbeit eurer Hände und Hirne seid ihr alle mündig geworden. Darum müßt ihr vom Staat mündig gesprochen werden. Ihr müßt die politische Gleichberechtigung fordern und erlangen.

Es giebt in Deutschland nur eine Partei, die unentwegt für euch gekämpft hat: die sozialdemokratische. In ihren Reihen giebt es keine verächtliche Verhöhnung der Geschlechter. Sie will auch, daß das Gesetz keinen Unterschied macht.

Welche unter euch leidet unter Armuth und Noth, welche unterdrückt und geschändet, welche körperlich und geistig niedergedrückt ist, welche ihränen Augen in die Zukunft ihrer Kinder und zerrissenen Herzen in das Elend ihres Volkes blickt — sie zögere nicht, sondern trete muthig in den Kampf, den unsere Partei in diesen Wochen kämpft, und der, wenn wir auf unseren Posten stehen, mit ihrem Siege enden soll.

Am 5. Mai finden in allen Kreisen Wahlversammlungen statt. Findet euch zahlreich dort ein, ihr Frauen und Mädchen. Hört, was die Vertreter des Volkes euch zu sagen haben, und sagt ihnen, was ihr von ihnen erwartet.

Auf zum Wahlkampf! — Gedenkt eures Geschlechts, eurer Kinder, eures Volks! Erfüllt eure Pflicht und der Sieg wird euer sein! Die Vertrauensperson.

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen! Morgen, Donnerstag Abend 8 Uhr finden vierzehn Volksversammlungen statt, die sich mit den kommenden Reichstags-Wahlen beschäftigen sollen.

I. Kreis: Fern-Palast, Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke. II. Kreis: Koch-Bräuerei, Am Tempelhofer Berg.

III. Kreis: Märkischer Hof (Röhring), Admiralsstraße 18c, Aminhallen, Kommandantenstraße 20.

IV. Kreis: Sandhous, Kottbusserstr. 4a, Brüder, Waldemarstraße 75, Urania, Wangelfstr. 10-11, Keller's Fejsäle, Kopenstr. 20, O. Stechert (fr. Jost), Andreasstr. 21.

V. Kreis: Bräuerei Friedrichshain (fr. Lips). VI. Kreis: Berliner Prater, Kastanien-Allee 7, Volksgarten, Bodstraße 56, Kössliner Hof, Kösslinerstraße 8, Ahrens' Bräuerei, Thurnstraße 25-26.

Den Mitgliedern der Wahlkommission zur Nachricht, daß die nächste Sitzung am Donnerstag, den 12. Mai, 9 1/2 Uhr abends stattfindet. Die Sitzung am 8. Mai fällt der Parteiverksammlungen wegen aus.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden, eine Organisation kleiner und mittlerer Geschäftleute und Handwerker Berlins, hat beim Magistrat eine Petition eingereicht, in der folgende Forderungen enthalten sind: a) die Gewerbesteuer-Klasse IV außer Hebung zu bringen; b) die Gewerbesteuer-Klasse III nur mit 100 pCt. zu erheben (statt 150 pCt.); c) die Gemeinde-Einkommensteuer für Einkommen bis 3000 M. nur mit 75 pCt. zur Hebung zu bringen (statt 100 pCt.); d) den Preis für Gasverbrauch zu Verringerungszwecken in Läden, Bureaus und gewerblichen Arbeitsstätten auf den für gewerbliche Zwecke festgesetzten Satz von 10 Pf. zu ermäßigen.

Wir halten diese Forderungen für durchaus berechtigt, da wir seit für progressive Besteuerung eingetreten sind. Daß ferner der

kleine Handwerker und Geschäftsmann sein zum Gewerbebetrieb nötiges Leuchtgas noch mit 16 Pf. pro Kubikmeter bezahlen muß, während das Gas zum Betriebe von Motoren, zu Heiz- und Kochzwecken nur mit 10 Pf. berechnet wird, erscheint gleichfalls als eine Ungerechtigkeit, die bald beseitigt werden sollte.

Eines besonderen polizeilichen Schutzes hatten sich die Korbmacher zu erfreuen, als sie am Sonntag Mittag den Marsch zur allgemeinen Holzarbeiter-Versammlung antraten. Am Michaelkirchplatz stellten sich ihnen Schutzeleute an die Spitze, sorgten für freie Passage und verließen den Zug erst, als an der Michaelkirch-Brücke ihr Revier zu Ende war. Die Korbmacher mußten jedoch bis zum Landsberger Thor unbehilft und einzig dem Schutze des Publikums empfohlen ihren Weg fortsetzen.

Die Nothheiten, denen in Berlin anständige Frauen auf der Straße ausgesetzt sind, veranlassen Herrn Johannes Trojan in der „Nat.-Ztg.“ zu folgender Klage: „Mann in Berlin eine Dame sich allein auf die Straße wagen, ohne befürchten zu müssen, daß ihr etwas Fatales begegne? Diese Frage muß, wie es scheint, verneint werden. Immer wieder gehen mir Klagen darüber zu, daß Frauen und Mädchen auf den Straßen Berlins von Männern, die anscheinend der besseren, in der That aber der aller schlechtesten Gesellschaft der Reichshauptstadt angehören, belästigt werden. Solche Klagen, wie gelangt, gehen mir häufig zu: von unzähligen Fällen der Art erfahre ich aber natürlich nichts. Es giebt genug arme Dinger, die nicht wissen, wenn sie ihr Leid klagen sollen, und die ihnen zugesagte Stärkung stumm und mit Thränen hinuntergeschlucken. Was soll so ein armes schwaches Wesen in solchem Fall thun? Soll sie mit ihrem Schirmchen nach dem Elenden schlagen? Ach, das Schirmchen ist eine nur schwache Waffe und könnte dabei leicht entzweielt gehen. Soll sie ihm die Ohrfeige verpassen, die er so sehr verdient hat? Der Freche wäre am Ende auch im Stande, wieder zu schlagen. Ein Schutzmännchen, den sie um Hilfe bitten könnte, ist nicht immer in der Nähe und — na, das Vertrauen darauf, daß ein Schutzmännchen in einem solchen Falle wirklich Schutz gewähren würde, ist auch etwas wandelnd geworden. Amerika hat manches, was uns nicht gefällt. Die Jankees sind in manchen recht unholde Gesellen, in einem aber stehen sie hoch über den Bewohnern der alten Welt: in der Achtung vor dem Weibe. Es heißt, daß in New-York jede Dame am Tage wie in der Nacht zu Fuß ihren Weg durch die Straßen nehmen kann, ohne befürchten zu müssen, daß ihr etwas Unangenehmes zustößt. Frauen und Mädchen berart zu belästigen, wie es bei uns durch Männer der „besseren“ Gesellschaft geschieht, gilt drüben mit vollem Recht für ehelos. Der sich dort — es geschieht aber nicht — dergleichen herausnahme, würde riskieren, daß der nächste kräftige Mann, der dessen ansichtig würde, ihn mit einem Faustschlage ins Gesicht zu Boden strecke. Und wenn er dabei todt bliebe, würde keine Menschenseele ihn bemitleiden. Bei uns aber würde es besser, wenn jeder anständige Mann sich verpflichtet fühlte, in einem solchen Falle sich zum Hüter der Beleidigten aufzuwerfen. Wenn aber ein solcher Fall der Art ist, daß er vor den Richter kommt, wäre es sehr wünschenswert, daß die Frau Justitia damit sich die Binde fest über die Augen zöge, und über den Uebelthäter ohne Rücksicht darauf, daß er vielleicht „ein Mann von akademischer Bildung“ ist, die härteste Strafe verhängte, die das Gesetz zuläßt.“

Ueber die Fahrgefahrlichkeit der Berliner Droschkentreiber kam es, wie in der letzten Versammlung des Fachvereins Berliner Droschkenbesitzer mitgeteilt wurde, in der kürzlich von der Gewerbe-Deputation des Magistrats unter Hinzuziehung von Fachmännern abgehaltenen Konferenz, in der die Errichtung einer Berliner Fahr- und Fuhrschule besprochen wurde, zu bemerkenswerthen Erörterungen. Zwei Hauptvertreter der fachmännischen Kreise, die Herren Generaldirektor Goldschmidt und Major Selmel, hoben hervor, daß im allgemeinen die Berliner Droschkentreiber ebenso gut fahren wie ihre Berufsgenossen in anderen großen Städten. Wenn hier vielleicht öfter als dort von den Rutschern Störungen verursacht würden, so müsse man vor allem bedenken, daß in den belebtesten Straßen und gerade im Centrum der Stadt den Droschkenführern nur die beiden Seiten des Fahrdammes zur Verfügung stehen, während die Mitte von den zahlreichen, oft dicht hintereinander fahrenden Pferdebadn- und elektrischen Wagen eingenommen wird. Diese Wagen aber seien in anderen Großstädten vorzugsweise an der Peripherie zu finden, während die belebten Straßen des Centrum fast nur von Droschken, Omnibussen und anderen, nicht auf Schienen laufenden Fuhrwerken befahren werden.

Nach Klauischou. Der Gerichtsaktuar Bergemann, welcher seit mehreren Jahren bei der Igl. Staatsanwaltschaft am Landgericht II beschäftigt wurde, geht als Gerichtsfretär nach Klauischou. Er hatte sich schon vor längerer Zeit für den Uebertritt in den Dienst des Auswärtigen Amtes vormerken lassen. Gestern ist er einberufen worden mit der Order, sich sofort zur Abreise nach unserer neuen Station in China zu rüsten. Am 18. d. M. muß sich B. bereits in Bremen einschiffen.

Eine längere Stokung des Fernsprechverkehrs brachte gestern Nachmittag ein Gewitter, das erste von Bedeutung in diesem Jahre. Das Gewitter brachte erst gegen Abend den so notwendigen Regen in erheblicher Menge.

Der Fernsprechverkehr mit Hemmoor, Neustettin, München-Gladbach und Ahndorf (Bez. Düsseldorf) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je eine Mark.

Der Einbrecher Anandus Schindler, der, wie wir kürzlich berichteten, auf dem Transport nach dem Zuchthause aus dem Eisenbahn-Koupee entwand, ist vor einigen Tagen in Frankfurt a. O. wieder ergriffen worden.

Ein noch nicht aufgeklärter Selbstmord wird aus der Weinmeisterstraße 1 gemeldet. Hier miethete vor drei Tagen bei der Wittne Bekking eine Frau, die sich Höge nannte und aus Hamburg zu kommen angab, ein Zimmer. Die Mietherin erzählte Frau Bekking, daß sie einst bessere Tage gesehen habe. Ihr verstorbenen Mann sei ein reicher Kaufmann in Hamburg gewesen, habe aber alles verloren und sie mittellos zurückgelassen. Sie sei nun nach Berlin gekommen, um sich hier im Wallstein auszubilden und dann dadurch sich den Lebensunterhalt zu erwerben. Die Sachen seien noch unterwegs. Am Sonntag Abend kam die angebliche Wittne Höge nach Hause, ließ sich ein leeres Wasserglas geben und ging auf ihr Zimmer. Als ihr am Montag Morgen Frau Bekking den Koffer bringen wollte, ging die Thür nicht auf. Die Polizei fand dann die Frau angekettet als Leiche hinter der Thür liegen. Neben ihr lag das Wasserglas. Von zwei Flaschen, die man fand, enthielt die eine eine heublaue, stark nach bitteren Mandeln riechende, die andere eine klare Flüssigkeit. Die Leiche und das Gift wurden beschlagnahmt.

Bei der Arbeit wurde vorgestern Nachmittag der Hausdiener Otto Winkler aus der Dresdenerstr. 15, der in der Plätschfabrik von Salomon in der Krausenstr. 87 beschäftigt war, vom Tode ereilt. Winkler kam mit einem leeren Handwagen gegen 5 Uhr von einer Bestellung zurück und hatte eben den Hausflur erreicht, als er vom Schläge gerührt zusammenbrach. Auf dem Wege nach der Unfallstation in der Kronenstr. lag er.

Arges Unheil hat ein Radfahrer am Montag Abend angefallen. Der 23 Jahre alte Hausdiener Karl Schneider aus der Tiefstr. 18 kam auf dem Heimwege an die Ecke der Charlotten- und Dorotheenstraße, da wurde er von einem Radfahrer umgefahren und von der Räder eines elektrischen Straßenbahnwagens getroffen, die ihm den linken Finger der rechten Hand vollständig abquetschten, mehrere andere Finger zerquetschten und den Kopf schwer verletzten. Ein Schutzmännchen des zweiten Reviers brachte den Verunglückten in ein Krankenhaus.

Eine Verzeihungsdial. Hand an sich gelegt hat der 42 Jahre alte invalide Hausdiener Julius Dornfeld aus der Greifswalderstr. 202. Dornfeld erlitt vor sieben Jahren bei Ludwig Löwe eine Verletzung des rechten Armes, die nicht gut geheilt zu sein scheint. Er klagte oft über Schmerzen und ernährte sich kümmerlich dadurch, daß er für verschiedene Geschäfte Botengänge machte. In der letzten Zeit wurden die Schmerzen so heftig, daß er öfter erlachte, er werde sich das Leben nehmen, wenn es nicht besser werde. In der vorletzten Nacht führte er diese Absicht aus; seine Frau fand ihn morgens im Keller erhängt auf. Dornfeld hinterläßt eine Frau mit sieben Kindern im Alter von 2-17 Jahren, und ein weiterer Junge noch steht bevor.

Die Bahnhofsstreppe stürzte am Montag Abend der 54jährige Oberstleutnant a. D. Max Wendel zu Charlottenburg rücklings hinab, als er den Halbbachstr. von Bahnhof Friedrichstraße aus benutzen wollte. Er erlitt einen so schweren Schädelbruch, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Nothheit. Als gestern in der Linienstraße der Arbeiter Waldemar Lamprecht den Besitzer eines Ladens darauf aufmerksam machte, daß der obdachlose taubstumme Arbeiter Felix Köhler ein vor der Ladenthür hängendes Jadede fehlte, zog Köhler das Messer und verletzte ihm mehrere Stiche in den Kopf. Der Thäter wurde auf der Flucht ergriffen und dem nächsten Polizeirevier übergeben.

Angeschossen und schwer verletzt wurde von einem noch nicht ermittelten Schützen der sechsjährige Sohn Max des in der Raunynstraße 73 wohnhaften Tischlers Maack. Der Junge spielte mit mehreren Kindern vor der Parkanlage am Mariannenplatz und hatte sich für einige Augenblicke auf das niedere Umzäunungsgitter gesetzt, als plötzlich ein Schuß fiel und der Knabe mit einem Schmerzensschrei zusammenbrach. Ein Passant hob den heftig weinenden Kleinen auf und trug ihn in die Wohnung seiner Eltern. Auf der Unfallstation in der Adalbertstraße wurde konstatiert, daß der Knabe eine Schußwunde in der rechten Wade hatte.

Bei der Maiseier in der Bräuerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11, ist eine Taschenuhr mit Ketten gefunden worden. Der Eigentümer kann sich melden beim Vertrauensmann Richter, Neue Königstr. 90. Im Friedrichshain sind am Sonntag zwei Schirme gefunden worden, welche bei Brod, Fruchtstr. 90, abgeholt werden können.

In der Kinderpoliklinik von Dr. Reumann, Blumenstr. 78, wird am morgigen Donnerstag, abends 8-9 Uhr, der volkshilfliche Vortrag über die Ernährung des Kindes wiederholt. Zutritt haben nur Frauen.

Theater. Im Schiller-Theater wird heute zum ersten Male „Galeotto“ in folgender Besetzung der Hauptrollen gegeben: Don Manuel: Albert Patra, Donna Julia: Hedwig Pauls, Don Suenro: Karl Scheiner, Donna Mercedes: Agnes Werner, Riquel: Willy Frohde, Ernesto: Ewald Bach. — In der am 15. Mai stattfindenden Aufführung der Freien Bühne wirken in dem Drama „Tobte Zeit“ von Ernst Harbit mit die Damen Luise Dumont, Lotte Sarrow, Johanne Stolle und Elie Seelen, die Herren Doktor Sauer, Rudolf Wittner, Emil Lubwig u. Die dramatische Ballade „Madonna Diana“ von Hugo von Hofmannsthal wird von den Damen Luise Dumont, Luise von Polnitz und Herrn Hermann Müller dargestellt. Meldungen zur Theilnahme an dieser Vereins-Aufführung werden noch bis Ende dieser Woche an dem Schatzmeister des Vereins, Herrn S. Fischer, Salowstr. 91, entgegengenommen.

Feuerbericht. Montag Nachmittag 5 Uhr war Gubenerstraße 10 ein Küchenbrand abgelaufen, der aber wesentlichen Schaden nicht verursachte. Dienstag früh 5 1/2 Uhr brannte Alexanderstr. 25 ein Posten Pappkasten. Eine Stunde später wurde die Wehr nach der russischen Postkastell unter den Linden 7 gerufen, wo im Korridor ein Balkenbrand ausgebrochen, der erst bemerkt wurde, nachdem er das Haus beträchtlich geschädigt hatte. Er wurde durch die Wehr nach längerer Zeit beseitigt.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die Parteigenossen und Genossinnen werden nochmals auf die heute Abend im Lokale „Bismarckshöhe“ stattfindende Parteiverammlung, in welcher Genosse Jubel referirt, aufmerksam gemacht. Der Vertrauensmann.

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Recht interessant gestaltete sich die letzte Stadtverordneten-Versammlung. Bei Punkt 3 „Wahlprüfung, betreffend den Verkauf des Gemeinde-Grundstücks an der Tempelhoferstraße, Ecke Feurigstraße“, verlangte der Magistrat, daß der Verkauf im Wege der öffentlichen Lizitation erfolgen solle. Der frühere Gemeindevorstand hatte am 28. März (also wenige Tage vor dem Ende seiner Amtsbestimmung) dies Grundstück für den Preis von 35 000 M. den Herrn Maurermeister F. Pannier angeboten. Da sich inzwischen ein anderer Käufer, der das Grundstück für den Preis von 35 500 M. haben wollte, gemeldet hat, glaubte der Magistrat im Interesse der Kommune handeln zu müssen, indem er den Verkauf auf dem Wege der Lizitation empfahl. Als von anderer Seite in der Verathung betont wurde, daß der frühere Gemeindevorstand den Vertrag mit Herrn Pannier bereits geschlossen habe, stellte sich die ungeheuerliche Thatsache heraus, daß Herr Pannier als Gemeindevertreter in Sitzungsstunde (auf Drängen anderer Vertreter) die Offerte geschrieben, eingereicht und sich nur einen Augenblick entfernt hatte, als die Abstimmung vor sich ging. Die Protokollierung dieses einstimmig gefaßten Beschlusses wurde auch von Herrn Pannier unterschrieben. Diese Mittheilung erregte eine derartige Sensation, daß u. a. der Erste Bürgermeister Wilde fast wörtlich äußerte: „Wenn die Gemeindevertreter unter sich in geheimer Sitzung Grundstücke gegenseitig verkaufen, so hört eben alles auf!“ — Des Weiteren wurde folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage über schleunige Regulirung der Monumentenstraße. Sollte die Regulirung der betr. Straße noch längere Zeit ausbleiben, so ist durch Anlegung eines provisorischen, 150 Zentimeter erhöhten, 1,50 Meter breiten, mit Bordsteinen vom Fahrdamme abgrenzenden festen Bürgersteiges schleunige Abhilfe zu schaffen, damit bei eintretendem Regenwetter die genannte Straße für Fußgänger passierbar ist und gleichzeitig der lang ersehnte Wunsch der Stadt erfüllt wird. — Diese Straße, das Schmerzenskind der Gemeinde, befindet sich in einem geradezu grauenhaften Zustande.

Friedrichshagen. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß C. Höflich's Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 120, von heute ab der Arbeiterkass' zu Versammlungen und Festlichkeiten zur Verfügung steht. Die Vollkommission. J. K.: Emil Heinke, Friedrichs-Rastr. 11.

Aus Rixdorf. Ein bekannter hiesiger Eigentümer erhielt dieser Tage von der Firma „Moriz Jacobsohn, Berichterstatter und Auskunfts-Bureau“ - Inhaber, Berlin N., Medomstr. 17" folgenden Brief: „Sehr geehrter Herr! Behufs einer umgehenden über Sie zu ertheilenden Auskunft erbitten in Ihrem Interesse, und damit nicht unrichtige Nachrichten berichtet werden, Ihren w. Besuch in meinen Sprechstunden von 1/5-1/8 Uhr abends wochentäglich, Spachstraße 20.“ Dieses Schreiben, welches den Werth der Auskunfts-Bureau gewisser Art grell beleuchtet, beantwortete der

Hier den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Opernhaus. Odessa's Helmkehr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Im weißen Rösch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Wollentwinder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Ein Sommernachtsstraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Götter. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kreuz. Die Fremden der Gaudeloch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Herr Gaultier. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Haberer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. 8 Ruffel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Kaiser und Gallier. Anfang 8 Uhr.
Zulien. Arme Wiege! Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Eine Gefallene. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49. Anfang 8 Uhr.
Zubehör. 57/62. Täglich abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Schiller-Theater. (Waller-Theater). Mittwoch, zum 1. Male: **Galeotto.** Donnerstag: **Galeotto.** Freitag: **Ein gemachter Mann.**

Ostend-Theater. Dr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh. **Letzte Woche! Letzte Woche!** Zum 95. Male: **Unter der Polarsonne.**

Luisen-Theater. 54. Reichenbergerstr. 31. Abends 8 Uhr: **Arme Wiege!** Geste mit Gesang in 7 Bildern nach O. F. Berg, frei bearbeitet von Max Schöna. Musik von Fritz Krause. **Marie:** Anna Müller-Lincke. **Donnerst.:** 3. Gastspiel v. Emma Frühling: Der junge Lieutenant. **Vorbestellungen u. Billets durch Telephon Amt 4 Nr. 2074 werden ohne Aufgeld an der Abendkasse verabreicht.**

Central-Theater. Alte Jakobstr. 30. Mittwoch, den 4. Mai 1898: **Drittes Gastspiel des Ziala-Ensembles „s Nuller!“** Solist mit Gesang in 5 Akten von Carl Morre. **Hand Neuert und Paula Wirth als Gäste.** Anfang 7 1/2 Uhr. Dienstag: Dieselbe Vorstellung. In Vorbereitung: **Der Dorfplump.**

Apollo-Theater. Friedrichstr. 219. Dir. J. Gibek. **Eröffnung der Sommersaison. Vollständig neues Programm.** **Henry Bender. Rob. Steidl. Edi Blum. Eugenie Fougère** u. s. w. Kasseneröffnung 9 1/2, Anf. 8 Uhr. In Vorbereitung: **Don Juan in der Hölle.** **Concerthaus** Leipzigerstr. No. 48. Täglich: **Hoffmann's Quartett und Humoristen.** **In Zossen.** Altes Theaterhaus von 12 bis 2 Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - **Invalidenstr. No. 57-62.** Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien. Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Ein lebender Riesen-Orang-Utan der „Waldmensch“ von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch. **Salambo,** die schöne Schlangenhändlerin.

Maehr's Theater Oranien-Strasse 24. Theater und Spezialitäten-Vorstellung. **Novitäten-Programm.** **Stille Liebe, Vögel.** Unglückliche Familienverhältnisse. **Hertha Lorenz, Mariotta Berndt, Rosamundebrette, Rosamundebrette, Clemens Focke,** Original-Sumorist. Anfang: Preise der Plätze (Wochentag 8 Uhr.) wie Sonntags 6 Uhr.) geüblich. Eröffnung der Sommerferien am Donnerstag, den 19. Mai, im schattigen Sommergarten.

W. Noack's Theater Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: **Gr. Extra-Theatervorstellung Papa's Liebhaft.** Schwanz in 4 Akten von Valentin und Eisner. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Budapester Posson- u. Operntheater **Kaufmann's Variété** Direktion: Gebr. Herrfeld. **Den siegreichsten Erfolg** der Saison erzielen die neuesten Gebrüder Herrfeld'schen Sensationsstücke **„Die vierte Frau“** und **„Von Dreien der Glückliche“** mit Donat und Anton Herrfeld und Marlis Bondi in den Hauptrollen. Ausserdem: Auftreten von **Solo-Spezialitäten.** Anfang präz. 8 Uhr. Vorverkauf von 10-5 Uhr.

Betten von 10 R. an. Randarinen-Dauern 2,35 R. Bettmöbel, Strobbetten, Gardinen (spottbill.) Lude's Bettenhaus, Reanderstr. 8. Verandt u. Nachnahme.

Freie Volksbühne. Freitag, den 6. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112: **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht. 2. Festsetzung des Kassierergelohs für das nächste Spieljahr. 3. Event. Neuwahl des Ausschusses, Vorstandes, der Revisoren und Obleute der Ordner. 4. Verschiedenes. **Der Eintritt in den Saal ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.** **Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Lessing-Theater“: Vorstellung der H. Abtheilung: Die Wildente** von Henrik Ibsen. Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

AUSSTELLUNG AM KURFÜRSTENDAMM. **Carl Hagenbeck's INDIEEN** SAVIGNYPLATZ. Vorstellungen in der Arena: 5 und 8 Uhr nachm. Im Theater ab 4 Uhr beständig, ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.** ENTREE 50 Pf.

Stralau!

Öffentl. sozialdemokratische Parteiverammlung f. d. Kreis Niederbarnim **Sonnabend, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Stralau.** Tages-Ordnung: 1. Ruf zur Wahl. Referent: Reichstagsabgeordneter **Arthur Stadhagen.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Zentral-Wahlkomitees für den Kreis Niederbarnim. Der wichtigen Sache halber ist es dringend notwendig, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 229/3 **Der Vertrauensmann.**

Öffentliche National-soziale Versammlung am Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Tonhalle“, Friedrichstraße Nr. 112. Tages-Ordnung: 1. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Politik der Sammlung. 2. Freie Diskussion. 3. Ansprache des national-sozialen Reichstags-Kandidaten **Ulrich Tschendörfer.** 33645 **Jedermann ist eingeladen.**



Der Tod ist ohne Gnade sicher allen Dingen sammt deren Brut durch das sofort sicher tödliche **Concentrirte Wangen-Blut** in Flaschen zu 50 Pf., 1.00, 2.00, 3.00 und **Vierpackete** 5.00. **Springapparat 50 Pf.** **Verstärkter** dauernd jede Wiederkehr, durchdringt Tapeten und Stoffe und zerstört alle Reste bis auf den letzten Rest. **Winterfrost** nirgends Befrei. Ist völlig geruchlos und nicht feuergefährlich. **Der Zerkel** haft auf der Stelle alle Schmutzen mit einem der ganzen Brust der geringsten Berührung mit „**Poudre Mortal**“ in Packeten zu 50 Pf., 1.00, 2.00 und das **Blut** 4.00. **Tödtet** wie kein zweites Mittel absolut sicher. Einzig mögliche **Androhung** und **totale Vernichtung.** **Garantie** für radikalen Erfolg: **Wührende** Anmerkungen bis aus den fernsten Ländern. Diese **allbewährten** gesell. geschäftigen **Special-Präparate** sind einzig und allein nur direkt zu haben bei **Otto Reichel** Berlin SO., **Eisenbahnstr. 4** gegenüber der **Reichshalle.** **Nirgends weiter!** Alle Bestellungen sofort frei nach jeder Wohnung. **Kernsprecher** Amt IV, Nr. 3100.

Verkauf Billen-Terrain. Kleine Parzellen, im Sorort, hart a. b. Bahn, die **Quadratmeter 15 R.** bei halber Anzahlung. **Sozialdemokraten** erhalten **Laubstiele** und **Baumspähle** zum **Grundstück** gratis. In **erfragen** **Strelitzerstr. 62, Schlächterladen.** 33766

Verkauf Billen-Terrain. Kleine Parzellen, im Sorort, hart a. b. Bahn, die **Quadratmeter 15 R.** bei halber Anzahlung. **Sozialdemokraten** erhalten **Laubstiele** und **Baumspähle** zum **Grundstück** gratis. In **erfragen** **Strelitzerstr. 62, Schlächterladen.** 33766

Verkauf Billen-Terrain. Kleine Parzellen, im Sorort, hart a. b. Bahn, die **Quadratmeter 15 R.** bei halber Anzahlung. **Sozialdemokraten** erhalten **Laubstiele** und **Baumspähle** zum **Grundstück** gratis. In **erfragen** **Strelitzerstr. 62, Schlächterladen.** 33766

Verkauf Billen-Terrain. Kleine Parzellen, im Sorort, hart a. b. Bahn, die **Quadratmeter 15 R.** bei halber Anzahlung. **Sozialdemokraten** erhalten **Laubstiele** und **Baumspähle** zum **Grundstück** gratis. In **erfragen** **Strelitzerstr. 62, Schlächterladen.** 33766

Charlottenburg.

Donnerstag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstrasse 39: **Volks-Versammlung** für Männer und Frauen. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion und Verschiedenes. **Der Vertrauensmann.**

Schöneberg. Am Donnerstag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstraße Nr. 112-114: **Volks-Versammlung** für Männer und Frauen. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Parteigenosse **Wilhelm Pfannkuch.** 2. Diskussion. Um zahlreichste Beteiligung ersucht. 203/12 **Das Wahlkomitee.**

Bekanntmachung der **Orts-Arrentkassa** für den **Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.** **Rechnungs-Abchluss.** 1. **Kassenrechnung** für das **Kalenderjahr 1897.**

a) Einnahmen.	
1. Baar- und Kassenbestand am 1. Januar	80 051 33
2. Zinsen von Kapitalen und sonstigen besetzten Geldern, sowie Erträge von sonstigen Vermögenswerten	9 069 85
3. Eintrittsgelder	19 755 --
4. Beiträge	754 112 37
5. Erträge für gewährte Krankenunterstützung nach Krankenversicherungs-Gesetz § 3a Absatz 4, § 3b Absatz 2, § 50, § 57a Absatz 1 und 2, § 57b; Krank-, Unfall- und Krankenversicherungs-Gesetz vom 5. Mai 1883, § 136 Absatz 5, § 137 Absatz 3	8 463 38
6. Erträge von Vermögenswerten, Unternehmern, Versicherungskassen für gewährte Krankenunterstützung, Unfallrenten, Unfallausfälle u. c.	6 095 93
7. Aus verkauften Wertpapieren und zurückgegebenen Kapitalen, Sparkassen- oder Bankentlagen	-- --
8. Ausgenommenen Darlehen, Darlehens des Rechnungsführers und sonstige Vorhänge	2 892 29
9. Sonstige Einnahmen	-- --
10. Summe der Einnahmen (Ziffer 1-9)	860 240 15

b) Ausgaben.	
1. Für ärztliche Behandlung	70 786 40
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel	101 340 49
3. Krankengelder: a) an Mitglieder	347 579 74
b) an Angehörige der Mitglieder nach § 7 Absatz 2 des Gesetzes	11 726 60
4. Unterhaltungen an Wöchnerinnen	7 327 85
5. Sterbegelder	18 241 90
6. Zur- und Verschickungsgeldern an Krankenkassen	112 379 57
7. Erträge für gewährte Krankenunterstützung nach Krankenversicherungs-Gesetz § 37 Absatz 2, § 57a Absatz 1 bis 3, § 76 Absatz 1; Unfallversicherungs-Gesetz vom 11. Juni 1887 § 7 Absatz 2	1 566 19
8. Zurückgegebene Beiträge und Einzahlungen	389 95
9. Für Kapitalanlagen (Ankauf von Wertpapieren u. c.), Anlagen bei Sparkassen oder Banken, Aufschreibungen zum Belegfond	72 400 --
10. Zurückgegebene Darlehen (der bei den Einnahmen Ziffer 8 bezeichneten Art)	-- --
11. Verwaltungsausgaben: a) persönliche	42 147 96
b) sächliche	8 780 31
12. Sonstige Ausgaben	3 221 57
13. Summe der Ausgaben (Ziffer 1-12)	797 861 53

c) Abchluss.	
Summe der Einnahmen (Ziffer a 10)	860 240 15
Summe der Ausgaben (Ziffer b 13)	797 861 53
Ergibt einen baaren Kassenbestand am 31. Dezember von	62 378 62

2. Vermögens-Aussweis für den **Schluss** des **Rechnungsjahres 1897.**

A. Das Gesamtvermögen der Kasse (ausschließlich des Vertriebs etwaiger Grundstücke) setzt sich wie folgt zusammen:	
1. Aktiva:	
a) der Baarbestand am 31. Dezember 1897	62 378 62
b) in Hypotheken, Wertpapieren, Sparkassenschein, Bankentlagen	301 761 --
Summe	364 139 62
2. Passiva:	
Unerbittigt gebliebene Forderungen von Kassamitgliedern, Ärzten, Apothekern und Krankenhäusern	25 671 75
Summe	25 671 75
3. Hiernach beträgt das Gesamtvermögen der Kasse nach dem vorjährigen Abschluss betrug das Gesamtvermögen	338 467 87
Ergibt gegen das Vorjahr an Gesamtvermögen mehr	292 583 83
45 884 04	

B. Das verfügbare Aktivvermögen (A 1a und b) vertheilt sich wie folgt:

1. Stammvermögen fest	-- --
2. Zum Referendums gebühren nach den festgelegten Ueberweisungen (Zustreibungen) nach dem vorjährigen Abschluss betrug der Referendumsfond	301 761 --
Ergibt gegen das Vorjahr an Referendumsfond mehr	292 583 83
69 228 50	
3. Aus Vertriebsfonds verbleiben der Kasse von dem Beträge unter A 1a und b nach Abzug der Beträge unter B 1 und 2:	
a) baar	49 098 47
b) in Sparkassenschein, Bankentlagen u. c.	13 290 15
Ergibt einen Vertriebsfond von	62 378 62

Das Formular 1 und 2 übereinstimmend mit den Verzeichnissen, **Sachsen** und der Kasse aufgestellt sind, bezeugt **Berlin, den 4. März 1898.** 89/4 **Der Vorstand.** **Papke, Schriftführer. Schnur, Kassant.** **Vorstehenden Rechnungs-Abschluss** haben wir geprüft, wir haben demselben richtig, auch mit den ordnungsmäßig geführten Büchern übereinstimmend gefunden. **Berlin, den 21. März 1898.** **Ernst Förster, Gustav Meier, Siegmund Löb, Oskar Dittmar.** Gleichzeitig machen wir hiermit bekannt, dass **vom 1. Juni cr. an** unsere **Büreau** zur **Abfertigung** des **Publikums** **von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags** (statt wie bisher von 8-3 Uhr) **geöffnet** sind. **Der Vorstand.**

Arbeitsmarkt. **Achtung! Achtung! Holzarbeiter.** In der **Rüchensdöbel-Fabrik** von **Fränkel & Co., Friedenau,** haben **hänmische** **Tischler** (14 Mann) wegen **Differenzen** die **Arbeit** niedergelegt. **Einzug** ist **fernzuhalten.** **Kordmacher** auf **Grün** verl. **A. Bader, Friedrichstraße.** **Verhörer** v. **Blumenstr. 34a, 3 Tr.** **Parthogenader** verlangt **Gewerz.** **Blumenstraße 63 Hof III.** 33726 **Wasserschleier.** **Gesucht** sofort **gebildet** **Facetten-** **schleier** für **alle** **vorkommenden** **Bahn-** **arbeiten** bei **dauernder** **Beschäftigung.** **Wahl, Schmidt u. Co., Glasbläser-** **straße, Somburg.** 33606 **Jugend-Waichhuh** - **gel. Schloffer** - **selbst** **Reparatur**, u. **u. Jam.** **aus** **an** **Riegel**, **Nähe** **Berlin**, **dauernd** **gute** **Selbst.** **Kassan-Abkdr.** **sind** **unter** **V. 3** **diesem** **Blatte** **eingesendet.** 33776 **Pneumatik-Arbeiter,** **tätig** u. **selbständig** **arbeitend,** **werden** **von** **größerer** **Berliner** **Fabrik** **verlangt.** **Offerten** mit **nur** **besten** **Zeugnissen** **unter** **V. 3** **nimmt** **die** **Erped.** **entgegen.**

15-20 Kordmachergejellen, **nur** **aus** **Kugelförbe,** **3 R. Vohn,** **dauernd**, **bei** **bestem** **Kobz,** **garantirt.** **Die** **sofort** **Eintretenden** **erhalten** **den** **Vorzug**, **W. Zeller, Rindens, Rosenhof 6.** **Kordmachergejellen** a. **Kordmacher** **verlangt** **Holze, Oranienstr. 3.** 33626 **Tischlergej.** a. **g. Kastenarb.** **verl.** **Alte Jakobstr. 130, part.** 33636 **Schiffshauer** 33695 **genöthigt**, **Nicolai, Adlerstraße,** **Zucht, Kunstschmied** 33686 **verlangt** **Biebl, Oberdörgerstr. 44.**

Tüchtige Routeure für **Gas-** und **Wasserleitung** werden **verlangt.** **Joseph Junk,** **Ritterstr. 59.** 50008

Täglicher Eingang von Neuheiten.

Waarenhaus P. Rothenberg

Nur solide Qualitäten.

Moabit, Thurmstrasse 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse

Der Verkauf in sämtlichen Abtheilungen, Manufaktur-, Posamentier-, Kurzwaren-, Wäsche-, Aussteuer-Artikeln, Blousen, Herren-Artikeln, Putz, Schuhwaren, Haushalt-Artikeln u. s. w.

ist durch den stattgehabten Brand nicht unterbrochen und sämtliche verbrannten Waaren bereits durch neue ergänzt.

Verkauf täglich ohne Ausnahme zu sehr billigen, aber festen Preisen.

Bis zur Wiederherstellung Eingang Wilhelmshavenerstrasse.

Bitte beziehen Sie sich

Welche Wahl hat das Publikum in seinen Bezugsquellen zu treffen, um am besten und billigsten zu kaufen? —

Eine Studie von höchster Wichtigkeit!!

Von grösstem Interesse für jeden Leser ist mein 40 Seiten starkes Preisbüchlein — welches im Selbstverlage erschienen. — Dasselbe wird jedem Interessenten gratis und franko bereitwilligst zugesandt.

Raphaëli, Berlin An der Spandauer-Brücke 2.

geställigst auf diese Zeitung.

Gr. Frankfurter Königsbank Gr. Frankfurter

Strasse 117. Strasse 117.

Empfehle meine Säle und prachtvollen Garten (beide mit Theater-Bühne) bis 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen zur freien Benützung. [4927L*] Hermann Warsany.

Vorsicht!

ist geboten beim Einkauf von Waschlöffeln. Das beste, vortheilhafteste und bequemste Waschlöffel der Welt ist

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schwanzmarke „Schwan“).

Zu haben in den meisten Seifen-, Drogen- und Kolonialwarenhandlungen.

Maitrank

täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack.

4 St. 60 Pf., 10 St. Mk. 5,00, 50 St. Mk. 25,— etc.

Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein, weich u. rotz, herb u. süß.

4 St. 75 Pf., 10 St. Mk. 7,—, 50 St. Mk. 30,— etc.

Brombeer-Wein, Wermuth-Wein & St. Mt. 1.—, Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kellerei Berlins.

Probirstelle: Kommandantenstr. 67.

Eugen Neumann & Co.

Komptoir u. Gesamt-Kollereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17. Fernsprecher: Amt IV. 9676.

Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3678, Neue Friedrichstr. 81 — Drahterstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Schönberg, Hauptstr. 129. — Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. — Potsdam, Baderstr. 7.

10. Ziehung d. 4. Klasse 198. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 3. Mai 1908, vermittels der Maschine über 210 Mark mit den besten Nummern in Betrachtung. (Cine Gewähr.)

925 85 423 525 [50 000] 38 59 96 686 700 46 931
1022 122 69 224 379 82 404 32 47 [5000] 664 66 816 89
3188 279 307 10 438 606 36 3021 [5000] 129 59 392 [5000]
613 518 91 630 992 99 4099 103 268 818 591 613 34
1620 [5000] 915 5141 409 65 607 62 68 288 861 6037
220 283 518 28 765 930 57 64 7010 97 [3000] 369 [3000]
304 478 86 630 78 83 693 951 8032 116 32 42 216 315
40 530 282 817 6026 179 605 618 825 59
10019 157 202 577 79 603 71 [5000] 718 44 940 67
11354 [5000] 534 685 [5000] 96 816 968 12235 335 70
454 766 806 49 13050 52 87 216 301 745 807 22 72
918 [3000] 99 14233 331 621 72 988 13401 54 568 640
814 16010 139 242 [3000] 17117 76 [3000] 981 650 719
803 18 99 18130 227 332 427 67 618 701 31 831 19044
49 54 403

20171 201 [5000] 82 434 85 541 70 654 67 760 970 71
90 21039 109 804 56 445 [3000] 84 529 602 230 237 [5000]
591 593 755 921 24072 144 [3000] 65 222 363 97 419
595 [5000] 764 954 55 5794 24169 [3000] 74 375 433 69
667 689 704 24 839 32524 335 754 303 [3000] 26210 34
65 733 304 54 689 73 27253 54 115 294 858 [5000] 28221
85 690 91 899 923 29254 [5000] 66 246 403 888 016 36 792
30100 262 [5000] 486 579 842 43 49 31030 956 409
633 766 968 32159 49 39 349 [5000] 450 694 973 75
33614 795 34006 16 35 [5000] 225 248 86 363 464 508
[3000] 560 854 [3000] 906 35004 227 50 786 79 [5000] 817
953 67 96 30332 339 [5000] 42 86 376 496 621 724 39
[5000] 840 900 88 37095 189 205 75 305 24 31 [5000] 88
887 [3000] 940 72 38040 67 106 525 86 761 3 3012
63 75 100 8 300 65 428 609 942

40197 228 33 529 97 618 99 [3000] 709 32 [5000] 844
905 82 41083 118 218 95 [5000] 309 416 38 545 63 94 614
92 755 871 97 959 [3000] 42374 87 369 84 420 582
610 23 84 45 811 958 43021 84 171 944 51 [5000] 427
886 700 816 29 941 44408 138 59 218 340 72 508 656
71430 [3000] 898 [5000] 914 79 45003 37 63 [3000] 72
266 86 409 19 515 610 717 815 23 99 923 40257 398
448 685 809 949 [3000] 99 47027 139 850 412 880 95
44905 290 399 [3000] 71 452 [5000] 654 700 39 44 822
[3000] 946 49216 404 522 92 91 606 59 27 301 95 51218
500 79 492 88 610 723 860 82 927 54109 85 [3000] 282
660 728 971 53277 450 609 22 325 54107 277 331 585
594 55335 91 54 164 97 98 343 97 800 308 21 85 611
705 916 42 93 95 56326 60 66 696 161 800 930 76 57034
[3000] 127 313 46 557 923 44 74 97 806 923 29 59013 9
304 506 31 72 73 891 912 85 50055 486 81 581 638
85 748

60212 39 57 351 76 652 736 50 78 61006 23 180
230 405 506 702 88 62154 82 717 59 95 966 63078
[5000] 181 87 261 [5000] 91 [5000] 425 505 28 [3000] 20 76
82 681 788 [5000] 944 64433 621 39 3834 40 68 965 75
65005 80 138 224 44 83 [3000] 86 469 511 85 99 652 349
590 66413 [5000] 64 508 848 794 999 67067 [5000] 104
271 485 595 646 58 839 87 943 68228 29 [3000] 385 605
725 55 [5000] 90 863 65 96 957 67 67001 84 119 99 257
385 711 51 822 67 [3000] 70

70993 196 243 67 520 36 746 514 39 955 71521 91
620 705 59 69 942 [5000] 72102 79 85 349 99 464 507
13 96 [3000] 793 [5000] 909 83 73927 85 531 65 628 33
759 846 900 64 74050 [3000] 301 469 232 46 [3000]
242 71 946 58 81 76015 108 20 210 423 26 85 352 43
657 77 [5000] 86 88 [3000] 76 76144 70 [5000] 205 320
63 409 96 752 61 70 7786 217 36 95 474 702 399 943
63 [5000] 78008 [3000] 81 185 285 425 40 70 508 86
624 731 33 858 79031 247 63 464 92 635 741 64
870 901

90008 [5000] 140 352 55 411 550 704 81 54 64 90 815 17
945 59 84309 57 60 420 553 660 807 82121 269
562 804 29 15401 91 966 83012 105 7 219 26 36 313 912
54208 [5000] 386 404 6 794 899 [5000] 85078 100 21 401
568 86154 244 70 98 419 838 744 62 800 87016 109
347 385 951 669 820 942 50 88153 327 447 589 609
67 725 28 812 42 [5000] 983 89009 391 50 404 14 28
880 94 211

90005 [3000] 21 194 239 56 365 522 665 704 759 800
51063 83 89 118 94 [3000] 322 407 931 924 92554 64
589 232 69 79 [5000] 851 90109 151 205 326 404 63 64
[5000] 624 [5000] 40 668 [5000] 811 926 94223 355 446
594 [5000] 51 655 72789 825 65 [5000] 965 53035 389 339
319 571 628 774 823 917 22 37 96162 44 231 83 341
79 67 566 838 307003 67 93 96 367 712 89255 302
64 592 671 713 30727 43 226 53 425 540723 969
100050 165 78 204 71 352 456 642 640 45 101059
591 625 69 79 789 804 47 48 971 [3000] 108007 79 340
894 80 90 344 103098 [3000] 580 749 [5000] 837 [5000]
45 918 104239 76 316 485 [5000] 607 62 919 105052
67 892 460 698 716 [3000] 61 832 [3000] 41 65 998 106053
177 87 276 325 407 789 78 932 107152 228 705 805 950
49 106055 225 [3000] 99 383 573 608 748 [3000] 816
109038 72 82 90 105 302 [5000] 514 77 [5000] 724
110318 37 51 75 916 [3000] 502 13 72 73 647 667
111891 49 101 885 78 912 67 118097 199 221 408 600

10. Ziehung d. 4. Klasse 198. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 3. Mai 1908, vermittels der Maschine über 210 Mark mit den besten Nummern in Betrachtung. (Cine Gewähr.)

90 70142 57 97 945 95 118018 68 83 278 367 425 77 604
55 75 722 52 824 114811 42 459 584 600 74 708 [3000]
803 915 115128 93 [5000] 289 96 326 46 441 [3000]
583 804 81 83 116039 [5000] 52 167 98 226 34 530 41
65 710 [3000] 38 41 51 90 805 117159 411 33 98 516
614 827 70 987 118014 98 225 [5000] 310 428 76 89 571
732 835 97 900 110533 518 65 704 949 53 [5000]

120550 95 610 726 121004 56 117 58 259 59 73 515
37 68 632 36 832 122042 67 157 207 614 861 921
122282 377 612 59 708 78 896 124087 378 411 24 59
607 125048 326 27 409 50 84 844 86 120031 117 276
487 777 [5000] 993 122246 627 639 70 [5000] 714 882
128183 72 92 204 409 510 30 649 78 590 918 120095
240 432 729 32 888

130059 [3000] 60 338 65 400 [3000] 580 611 [3000] 49
73 780 836 934 131191 294 907 61 [5000] 132321 80 57
[3000] 105 42 [3000] 835 [5000] 454 540 70 819 14 89 940 48
143030 345 426 78 696 16 840 144074 432 [3000] 26 39
646 788 135149 65 439 671 130441 138 [3000] 223 844
488 76 681 806 36 137093 275 565 713 78 865 77
138197 243 [5000] 59 64 404 88 [5000] 68 612 729 [3000]
877 139199 277 817 837 622 706 923

140297 [5000] 462 788 828 64 [3000] 951 141109 65
290 444 54 62 609 41 [5000] 92 [3000] 990 [5000] 142158
582 416 728 41 992 143044 128 38 90 484 600 736 93
935 [3000] 144023 131 97 579 634 [3000] 702 825 43
45 992 94 143459 70 27 885 90 39 146026 136 943
67 476 234 793 805 97 909 147418 68 83 562 674 89
91 778 79 97 805 [5000] 80 148028 48 206 17 59 79
301 537 99 607 982 84 149123 [3000] 50 [5000] 53 57
203 96 99 491 746 872 909 16 43 85

150037 82 431 540 71 94 823 900 151165 822
412 17 54 647 668 152302 81 355 612 60 61 92
725 35 [3000] 839 [3000] 83 86 153029 109 46 855
86 [3000] 464 [5000] 888 23 24 45 967 [5000] 154054
76 185 340 68 424 84 539 640 775 930 49 155379 91
484 88 639 831 156853 106 290 429 731 42 157066
654 81 [3000] 740 833 [5000] 158139 45 [3000] 543 660 728
811 37 150898 399 523 38 59 820 995

160090 224 [3000] 60 63 [5000] 94 966 [5000] 161020
124 321 408 503 38 616 748 88 888 160033 135 [3000]
314 46 460 575 606 163098 133 754 960 164245 89
219 410 705 12 928 [5000] 165062 192 528 621 879 166133
716 [5000] 841 55 [3000] 321 655 874 947 167012 49 324
406 325 741 63 70 90 65 168299 383 401 72 707 27
808 169167 298 518 676 814 59

170055 308 371 429 [5000] 62 573 95 [5000] 657 929
39 171012 168 215 78 83 527 85 671 850 983 172151
222 26 [3000] 91 [3000] 403 654 75 537 80 968 173913
956 64 446 528 [3000] 53 92 641 791 894 903 79 174522
58 674 94 733 [5000] 63 623 65 175439 774 176132 325
54 215 76 915 16 177080 84 208 267 357 443 516 719
961 70 178397 43 116 [3000] 219 585 603 708 87 59
179329 405 91 681 63 75 730 90 [5000]

180022 266 72 332 64 [5000] 448 839 82 87 915
[5000] 75 32 181015 140 541 399 439 80 564 685 793
182199 300 [5000] 51 513 93 634 90 [5000] 43 893 183017
956 66 326 443 947 794 184113 75 231 854 563 616
185176 237 965 545 529 233 186008 132 442 623 841
71 84 783 971 187195 664 784 97 824 900 18 36 50
188171 222 93 416 86 587 684 97 824 918 984 68 81
[3000] 180400 281 57 301 9 86 838 950

190088 [3000] 226 [5000] 485 558 75 615 74 702 20
76 191157 298 388 [5000] 421 519 39 83 91 890 950
190070 163 298 333 [5000] 407 677 860 965 [5000] 193074
181 571 706 840 958 194049 164 255 555 786 883 966
195019 169 210 [3000] 332 620 724 818 912 196106 86
394 769 848 [5000] 72 197146 [5000] 75 393 416 44 591
785 888 933 74 198280 418 881 646 199070 [3000] 94
176 [5000] 85 217 322 449 802 65 953

200037 63 65 114 91 822 451 [5000] 76 558 718 34 80
829 201035 63 21 [5000] 109 240 62 318 421 58 622
826 951 83 303 204118 65 276 300 52 463 83 572 [3000] 90
611 794 872 962 203190 221 77 [5000] 433 598 634 737
58 815 97 994 204037 79 145 235 360 496 666 776
823 205224 466 74 703 206096 164 [5000] 300 [3000] 787
945 [5000] 207061 162 73 225 257 687 64 809 45 923
84 220003 100 81 527 411 31 180008 132 442 623 841
208036 120 48 413 596 603 750 960

210257 315 34 48 498 506 704 88 821 949 95
211124 43 404 [5000] 37 710 63 977 212028 108 749
843 84 909 213015 [5000] 19 59 189 342 476 632 77
951 214017 210 962 [3000] 713 [5000] 26 46 814 [3000]
919 76 77 215165 74 419 22 69 97 501 81 692 739 816
972 216177 [5000] 394 503 717 42 61 817 217083
[3000] 84 114 89 464 797 851 960 218023 92 [5000] 253
81 391 440 715 804 219008 60 147 288 410 644 00
720 36 40 961

220001 48 98 185 229 81 87 317 50 60 81 630
221213 [3000] 31 62 310 89 558 88 [5000] 608 28 38 972
222022 25 226 [5000] 31 81 84 454 50 [5000] 722 59 829
932 223136 209 [5000] 93 413 604 224185 66 269
314 423 50 738 42 913 76 225010 69 29 147 285 352
484 [5000]

Zum Gewinnraab verbleiben: 1 Gewinn zu 500000 Mk.,
2 zu 200000 Mk., 1 zu 100000 Mk., 1 zu 75000 Mk., 5 zu
30000 Mk., 10 zu 15000 Mk., 32 zu 10000 Mk., 54 zu
5000 Mk., 77 zu 3000 Mk., 811 zu 1500 Mk., 864 zu 500 Mk.

10. Ziehung d. 4. Klasse 198. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 3. Mai 1908, vermittels der Maschine über 210 Mark mit den besten Nummern in Betrachtung. (Cine Gewähr.)

8 54 145 99 250 304 19 37 486 565 841 914 1200 2
948 62 50 482 582 600 58 92 755 830 [5000] 607 9099
11 2 317 425 532 604 66 70 893 953 3845 409 549 602
18 78 888 [3000] 4485 65 509 780 804 70 5121 65 214
284 710 845 49 70 [3000] 71 [5000] 6013 119 288 71 82
459 95 67 404 896 97 952 7196 302 35 [5000] 360 690
12 93 726 84 846 94 907 7 8102 35 249 78 95 477 647
0127 29 [5000] 247 480 522

10102 242 345 481 706 15 961 11049 201 17 458
541 [3000] 693 770 835 914 [5000] 12294 558 768
833 91 13024 37 69 123 44 251 307 765 836 53 58
15024 39 55 150 63 239 86 98 386 584 625 731 60 16723
147 455 [3000] 81 510 966 [3000] 706 50 950 17147 490
618 887 958 [3000] 18049 91 122 28 303 405 [5000] 558
915 130123 301 14 35 75 83 652 78 83 801 81 916
47 80 137000 125 55 91 277 761 914 [3000] 138091
122 75 971 88 325 79 781 825 86 912 [5000] 139000 15
16 24 27 183 300 25 53 [3000] 569 831 92 93

140026 148 433 555 88 769 82 89 867 141068 [5000]
802 10 426 28 66 621 89 651 719 142050 99 230 [3000]
479 93 581 706 69 855 778 143040 134 374 514 [3000]
684 91 761 850 645 65 89 144015 274 322 32 74 145039
57 118 38 70 507 1679 718 811 146007 [5000] 38 248
[3000] 78 639 715 91 147072 141 [5000] 450 69 622 86
887 148058 [3000] 411 656 604 149080 127 32 248
416 660 [3000] 709 58 957

150112 294 389 499 828 49 58 972 151221 402 91
501 [5000] 611 25 814 951 152291 104 672 78 852 988
153224 50 62 457 845 935 45 154019 26 62 [3000] 54